



Beiträge zur Geschichte der
Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt
Heft 7

**SPD-Geschichte in
Sachsen-Anhalt
Traditionen und Neubeginn**

Historische Kommission
des SPD-Landesverbandes
Sachsen-Anhalt (Hrsg.)

Inhalt

Dr. Rüdiger Fikentscher (und die Mitglieder der Historischen Kommission) Vorwort	Seite 2
Ralf Mattern Geschichte des Ersten Mai in Wernigerode	Seite 3
Ralf Mattern 95 Jahre Generalstreik in Wernigerode	Seite 7
Dr. Andreas Schmidt 90 Jahre Mitteldeutscher Aufstand	Seite 12
Rainer Löhr Biografie Manfred Hubert	Seite 23
Rainer Löhr Oberbürgermeister Otto Baer und der schwere Anfang in Magdeburg 1945/1946	Seite 27
Dr. Rüdiger Fikentscher Juden und Sozialdemokratie	Seite 40
Lothar Tautz Sozialdemokratischer Aufbruch 1989 aus der Sicht der DDR-Provinz	Seite 45
Udo Krause Willi Polte – Wiederbegründer der sozialdemokratischen Oberbürgermeistertradition Magdeburgs	Seite 49
Dr. Andreas Schmidt Historische Orte der Sozialdemokratie in Halle/ Saale	Seite 52
Chris Henze Übersicht über die Feierlichkeiten in Sachsen-Anhalt zum 150jährigen Partei-jubiläum 2013	Seite 67

V.i.S.d.P.:
SPD-Landesverband Sachsen-Anhalt
Historische Kommission
Bürgerstr. 1
39104 Magdeburg
www.spd-sachsen-anhalt.de

Vorwort

Die Geschichte der SPD in Sachsen-Anhalt ist wie ein Brunnen mit vielen Quellen. Man kann mehr und mehr daraus schöpfen, und immer wieder fließt etwas nach, so auch für dieses Heft, das siebente Heft seit zwölf Jahren. Den großen Jubiläen haben wir uns ebenso wie den Neugründungen gewidmet, aber auch über viele kleinere Ereignisse und weniger bekannten Personen, die insgesamt den Reichtum unserer Partei und ihrer Geschichte kennzeichnen, wurde geschrieben.

Nun ist erneut eine Zusammenstellung möglich gewesen, die außerordentlich vielseitig ist. Sie reicht von Ereignissen, die fast ein Jahrhundert zurückliegen, und dennoch immer wieder genannt, auch gelegentlich falsch ausgedeutet werden und deshalb hier historisch korrekt dargestellt sind, so wie beim Aufstand in Mitteldeutschland. Aber auch lokale Ereignisse wie in Wernigerode lassen auf allgemeine Verhältnisse schließen. Und dann die Bedeutung von einzelnen Genossen in unserer neuen Anfangszeit. Außerdem: was wissen wir eigentlich über die Juden in der Sozialdemokratie, und wie kann man in einer Stadt wie Halle historische Orte unserer Partei erleben –vielleicht finden sich Nachahmer?

Und schließlich sollte nicht verloren gehen, was im Jahr 2013, also 150 nach der Parteigründung, aus diesem Anlass in Sachsen-Anhalt für Veranstaltungen stattfanden, denn auch an die Kultur des Erinnerns sollte erinnert werden.

Kurzum: Wir haben die Freude, ein weiteres Heft pünktlich zum ordentlichen Parteitag 2015 vorzulegen, danken dem Landesverband für diese Möglichkeit, danken allen Autoren für ihre Beiträge -jeder ist für den seinigen verantwortlich- , und wünschen allen Leserinnen und Lesern nicht nur aus unserer Partei, sondern auch darüber hinaus, eine interessante und gewinnbringende Lektüre.

Rüdiger Fikentscher

für die Historische Kommission, die allen Interessierten offen steht.

Halle, im August 2015

Ralf Mattern

Geschichte des Ersten Mai in WR



Zum 125. Mal wurde in diesem Jahr weltweit der Erste Mai gefeiert. Viele Leute, für die die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft Selbstverständlichkeiten sind, nutzen diesen Tag allerdings lediglich als einen willkommenen

Feiertag. Das war nicht immer so. Im Jahr 1890 wurde von sozialdemokratischen Aktivisten in Wernigerode ins städtische Schützenhaus geladen. Thema der Veranstaltung sollte sein: "Zweck und Nutzen der achtstündigen Arbeitszeit" - damals noch eine Utopie.

Am 03. Mai 1890 vermeldete jedoch das "Wernigeröder Tageblatt": Der erste Mai ist, was vorauszusehen war, in unserer Stadt äußerst ruhig verlaufen. In allen Fabriken und auf allen Arbeitsplätzen wurde wie gewöhnlich gearbeitet, in einigen Geschäften trat in Folge Verabredung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein früherer Arbeitsschluß ein. Die für den Abend angekündigte Arbeiterversammlung im Schützenhause konnte nicht stattfinden, weil das Lokal nicht zur Verfügung stand. Wie uns mitgeteilt wird, sollen jedoch von Seiten der hiesigen Sozialdemokraten im Laufe des Nachmittags, während Polizei und Gendarmen sich im Schützenhause befanden, um eventuelle größere Menschenansammlungen zu überwachen, 1000 in Halberstadt gedruckte Flugblätter verteilt sein.

Auch ein Jahr später war es offensichtlich erneut nicht möglich, ein Lokal für die Feier zu finden. Zur Maifeier selbst schrieb das "Wernigeröder Tageblatt" am 04. Mai 1891: Die diesjährige Maifeier der Arbeiter unserer Stadt kann man mit vollstem Recht als eine nach allen Seiten hin befriedigende und gelungene bezeichnen. Der Festort war der idyllisch gelegene Waldplatz "Papenanneken", woselbst sich gegen 4 Uhr nachmittags eine sehr zahlreiche Volksmenge versammelt, welche, aus Handwerkern und Arbeitern aller Berufe mit ihren Familien bestehend, den ganzen Platz vollständig füllte. Für die leiblichen Bedürfnisse der Anwesenden war ausreichend Sorge getragen; während für die kaffeetrinkenden Hausmütter und deren Kinder kochendes Wasser zur Bereitung des edlen Mokka in Menge vorhanden war, belagerte das stärkere Geschlecht das improvisierte Buffet und

leistete quantitativ im Trinken des Lagerbieres aus der Brauerei Schreyer Außerordentliches (es sollen zwei Wagenladungen vollständig "alle" geworden sein). Selbstverständlich war auch Musik anwesend und gefielen insbesondere allgemein die einzelnen gesanglichen Vorträge des Vereins "Liederbund". Auch wenn diese Maifeier offiziell unter der Überschrift "Familienfest" firmierte, war es doch die erste gelungene von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ausgerichtete Maifeier in der Stadt Wernigerode.

Im Jahr 1892 zogen die Wernigeröder Sozialdemokratie und die mit ihr verbundenen Gewerkschaften nach Drübeck, wo zum 1. Mai, der in diesem Jahr auf einen Sonntag fiel, in der "Neuen Quelle" mit "Konzert, Gesangsvorträgen, Ansprache und Tanzkränzchen", ohne Eintritt zu erheben vom Festkomitee auch die Arbeiter von Ilsenburg



und den umliegenden Ortschaften eingeladen wurden. Für ein gutes Glas Bier, sowie für einen guten Kaffee (à Portion 20 Pfg.) wird von Seiten des Wirtes Sorge getragen werden, auch ist der letztere bereit gegen eine kleine Vergütung kochendes Wasser und Kaffeegeschirr nebst Milch zum Kaffeekochen zu liefern - hieß es in der Anzeige im "Wernigeröder Tageblatt". Über dieses Maifest berichtete das "Wernigeröder Tageblatt" nur kurz: Sonntag Nachmittag fand hier im Gasthofe zur "Neuen Quelle" die sozialdemokratische Maifeier für Wernigerode und Umgegend statt, die der ungünstigen Witterung wegen nicht so zahlreich besucht war als der Wirt erwartet hatte. Das Haupt-Thema der Ansprache bildete der achtstündige Normal-Arbeitstag.

Je stärker die Sozialdemokraten wurden, umso stärker wuchs der Druck auf die Restaurantbesitzer, die sich ihrem Abhängigkeitsverhältnis von den Behörden und der Fürstlichen Verwaltung nicht entziehen konnten, ihre Lokale zu Versammlungszwecken nicht herzugeben. Am 26. Dezember 1892 fasste der Volksbildungs-Verein den einstimmigen Beschluss, ein eigenes Heim, den "Volksgarten", zu schaffen. Er war zugleich das erste der sogenannten "Volkshäuser" oder "Volksparks" der europäischen Sozialdemokratie. Wie in den Jahren zuvor konnten auch 1893 die Wernigeröder Sozialdemokraten keinen hiesigen Wirt dafür

gewinnen, die Maifeier auszurichten. Jedoch: Der "Volksgarten" Ecke Feldstraße/Schmatzfelder Straße, war in seinen Grundfesten fertig gestellt. Den Ersten Mai feierte man deshalb dort und verband dies mit der Grundsteinlegung am Abend. In den Grundstein wurde ein Exemplar des "Vorwärts", ein Exemplar der Maifeierzeitung, die Mai-Nummer des "Wahren Jacob", ein Exemplar der Schrift "Die Zukunftsdebatten im Deutschen Reichstag", und eine kurze von Albert Bartels verfasste Abhandlung über die Entwicklung der Organisation der Arbeiter vor Ort gesteckt. Mit dem "Volksgarten" hatte die Wernigeröder Arbeiterbewegung nun ein Gebäude (mit Garten), in dem bis nach dem 1. Weltkrieg Maifeiern stattfinden konnten.

Die Weimarer Nationalversammlung beschloss dann am 15. April 1919 den Ersten Mai als Feiertag zu begehen - wegen der Stimmverhältnisse galt das jedoch nur für das Jahr 1919. Die rechte Opposition im Parlament lehnte den Feiertag grundsätzlich ab, der linken Opposition ging die Regelung nicht weit genug. Versuche des ADGB und der SPD, den Tag der Arbeit über 1919 hinaus als gesetzlichen Feiertag zu sichern, blieben vergeblich.

Am 04. Mai 1919 berichtete das "Wernigeröder Tageblatt" über die hiesige Maifeier: Der große Tag ist in Wernigerode würdig und schön verlaufen. Geschickt und abgerundet hat die Arbeiterschaft ihre Demonstration zum Ausdruck gebracht. Die städtischen Fahnenmasten waren mit den Stadtflaggen festlich bewimpelt worden. Feiertagsruhe lag über den Straßen. Die Natur selbst schien diesen schönen Festtag begünstigen zu wollen und hatte am Vormittag strahlend schönen Sonnenglanz ausgebreitet. Um 6 Uhr früh weckt die Turner-Spielleute die Schläfer zum 1. Mai und nachdem sich die Teilnehmer am Demonstrationzuge um ½ 10 Uhr in Hasserode gesammelt, setzte sich um 10 Uhr vormittags der Festzug in Hasserode in Bewegung und marschierte mit klingender Marschmusik zunächst nach dem Marktplatze. Voran der Radfahrerbund "Solidarität" in Sporttracht und Festschmuck mit Standarte. Hinter den Radfahrern kam die Musik und dann folgten Frauen, Kinder und die einzelnen Gewerkschaften. Die Turn- und Gesangsvereine waren auf den Zug symmetrisch verteilt. Einen solchen Demonstrationzug hat die Stadt Wernigerode wohl kaum in ihren Straßen gesehen. Man wird kaum fehl gehen, wenn man die Teilnehmerzahl auf etwa 2000 Mann schätzt. Am Nachmittag hatte

sich der strahlende Himmel überwölkt und als um 3 ½ Uhr auf dem Markt das Konzert und Schauturnen der Turnvereine "Vorwärts" und "Brüderschaft" stattfinden sollte, rieselte dauerhaft scheinender Regen hinab. Die Feier wurde daraufhin in die drei Säle Volksgarten, Kurhaus und Fürst Bismarck (Hasserode) verlegt. Die Abendveranstaltungen hatten in allen drei Sälen eine derart große Beteiligung gebracht, daß kaum Platz zu bekommen war.

Die Nazis erklärten den Ersten Mai im Jahr 1933 zum Feiertag - damit versuchten sie, insbesondere die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen. Die im März 1933 abgehaltenen Betriebsratswahlen hatten nämlich keinesfalls den politischen Umschwung, der mit der Machtergreifung der Nazis einherging, widergespiegelt - die freien Gewerkschaften blieben die mit Abstand größte Organisation. Bereits einen Tag später, am 2. Mai, wurden jedoch die Gewerkschaftshäuser gestürmt - und die freien Gewerkschaften zerschlagen.

Ein Jahr später, 1934, fehlte dann auch in der offiziellen Bezeichnung des Ersten Mai bereits jeglicher Bezug zur Arbeit: Er hieß nun nur noch "Nationaler Feiertag des deutschen Volkes".

Nach dem 2. Weltkrieg ab 1946 erlaubten es die Alliierten, wieder den Ersten Mai als Tag der Arbeit zu begehen. Im Laufe der Zeit erstarrte in der DDR dieser Tag zum Ritual, an dem das Volk vor den auf den Tribünen winkenden Repräsentanten des Staates vorbeimarschieren musste.

Nach der politischen Wende, im Jahr 1990, wäre es auch in Wernigerode wieder möglich gewesen, an die Maifeiern der Weimarer Zeit anzuknüpfen - allein:

Bei der Masse der Bevölkerung fehlte schlicht das Interesse. So berichtete die "Volksstimme" am 02. Mai 1990 dann auch nur kurz per Bild und textete:

Der hundertste 1. Mai in Wernigerode: An Stelle der früheren "Selbstbeweihräucherung" der Funktionäre diesmal deutliches Eintreten der Gewerkschafter für die Arbeitnehmerinteressen und gegen eine Zurückdrängung der gewerkschaftlichen Rechte. Mehrere Redner ... forderten ein Betriebsverfassungsgesetz ... und wendeten sich entschieden gegen eine Spaltung der Arbeitnehmer in Ost und West.

Ralf Mattern

95 Jahre Generalstreik in WR



Im März jährt sich zum 95. Mal die Zeit, in der Wernigerode den einzigen politischen Generalstreik der Geschichte erlebte. Als in Berlin rechtsradikale Militärs um Lüttwitz, Ludendorff und Kapp die demokratische gewählte Regierung wegputschte, erhob sich in ganz Deutschland eine insbesondere von Arbeitern, den Gewerkschaften und der SPD getragene Protestwelle, die in einen Generalstreik mündete, der den rechten Spuk in Berlin nach wenigen Tagen beendete.

Schon am Samstag, dem 13. März, dem Beginn des sogenannten "Kapp-Putsches" schrieb das "Wernigeröder Tageblatt" über eine umgehend

einberufene Versammlung im "Volksgarten", dem Treffpunkt der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung an der Ecke Schmatzfelder / Feldstraße, in der die Bildung eines Aktionsausschusses diskutiert wurde: *In den Aktionsausschuß müßten die Besten der Arbeiterschaft gewählt werden. Durch Abstimmung wurde verlangt, daß die Waffen der Einwohnerwehr dem Aktionsausschuß zur Obhut anvertraut werden sollen. Mit einem dreifachen donnernden Hoch auf die Republik wurde die Versammlung geschlossen.* An den Zugängen und in der Stadt wurde ein Sicherungs- und Patrouillendienst errichtet.

Das "Wernigeröder Tageblatt" skizzierte die weiteren Ereignisse: *Am Sonntagvormittag (dem 14. März) um 11 Uhr fand im Rathause eine von Bürgermeister Jahn einberufene Zusammenkunft der Vertreter der Arbeiterschaft und der übrigen Bürgerschaft statt, um die weiteren Schritte gegenüber der politischen*

Lage zu beraten. ... (Der SPD-Vorsitzende Salzwedel hob hervor, daß es der Wunsch der am Sonnabend abend im Volksgarten stattgehaltenen Veranstaltung gewesen sei, besonders auch darauf Rücksicht zu nehmen, daß möglichst alle wirtschaftlichen Betriebe aus der Einwohnerschaft mit je einem Vertreter zu dem Aktionsausschuß herangezogen werden möchten, denn nur auf diese Weise sei es möglich, Beschlüsse zu fassen, die Wernigerode vor Unruhen und Wirren bewahren. Diesem Wunsche wurde entsprochen und seitens der Berufsgruppen ... Vertreter bestimmt, die mit ihrer Zahl der Zusammensetzung des 12gliedrigen engeren Aktionsausschusses der Arbeiterschaft entsprechen und mit diesem den engeren Aktionsausschuß der Einwohnerschaft bilden.

*Am 14. März um 15.00 war eine Volksversammlung im "Volksgarten" geplant. Der Zustrom war aber so groß, dass der Saal nicht ausreichte und deshalb wurde beschlossen, zum Kurhaus (dem ehemaligen "Stadtgarten") zu marschieren. Auch der Kurhaussaal war überfüllt. Hierzu schrieb das "Wernigeröder Tageblatt": *Man habe das Vertrauen zu der Wernigeröder Arbeiterschaft, daß sie allen Weisungen des Aktionsausschusses folgen werde.. ... Am 9. November(1918) galt es, der Revolution zum Siege zu verhelfen, heute geht es um Sein oder Nichtsein des ganzen deutschen Volkes. Die Wernigeröder Arbeiterschaft hat durch ihr Erscheinen bewiesen, daß sie geschlossen hinter der Regierung Ebert / Bauer steht (stürmischer Beifall). Die Versammlung beschloß ... in den sofortigen Generalstreik zu treten.**

*Der Aufruf zum Generalstreik erschien im "Wernigeröder Tageblatt" und hatte folgenden Wortlaut: *An die Gesamtbevölkerung von Wernigerode und Nöschenrode. Heraus zum Generalstreik! Das ungeheure Geschehen lastet wie ein Alpdruck auf dem Deutschen Volk. In der Stunde der Gefahr erwartet der unterzeichnete Aktionsausschuß, daß ein einheitlicher Wille sich diesen Anordnungen fügt. Die nächsten Tage entscheiden über Deutschlands Zukunft, deshalb wird gefordert, daß Besonnenheit erste Pflicht ist. Von der Gesamtarbeiterschaft ist der Generalstreik beschlossen worden, um damit zu erreichen, daß jene verbrecherischen Elemente beseitigt werden, welche die Regierungsgewalt an sich gerissen haben. Alle Betriebe liegen still mit Ausnahme der lebenswichtigen nachbenannten Betriebe: Krankenversorgung, Sicherheits- und Wachdienst, Eisenbahn, Post, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk, Schlachthof, Nahrungsmittelbranche, Notstandsarbeiten der Landwirtschaft, der Milch- und Viehwirtschaft, Gastwirtschaften ohne Ausschank von**

geistigen Getränken, Konditoreien nur zur Herstellung von Brot, Notstandsarbeiten für verderbliche Waren, Notstandsarbeiten an Hochöfen, elektrische Stromabgabe nur für lebenswichtige Betriebe. Geschlossen sind außer den Industriebetrieben alle offenen kaufmännischen Geschäfte, sämtliche Handwerksbetriebe, Kinos und sämtliche Lustbarkeiten. Alle vorhandenen Rolläden an Geschäftshäusern sind herabzulassen. An alle Einwohner ergeht der Ruf, die Ruhe zu bewahren! Jeder muß den Anweisungen des Aktionsausschusses folgen. Die Freiheit ist in Gefahr! Es gilt die Republik zu schützen! Der engere Aktionssausschuß

Mit einem weiteren "Aufruf an die Bevölkerung von Wernigerode und Nöschenrode" wandten sich alle politischen Parteien (USPD, SPD, DDP, DNVP, Zentrum, DVP) gegen den Kapp-Putsch: *Am Sonnabend tagte gegen abend im Rathause eine Sitzung aller politischen Parteien am Platze mit dem Magistrat und der Gemeindevertretung Nöschenrode, die an die Bevölkerung nachstehenden Aufruf erließ, der in Gestalt von Flugblättern bekannt gemacht wurde: Jeder... muß diesen Umsturzversuch aufs schärfste verurteilen, kann ihn nur das Produkt völliger politischer Unfähigkeit sehen und muß mit allen Mitteln helfen und handeln, daß jener ungesetzliche Umsturzversuch unterdrückt wird. Der Magistrat Wernigerode, die Gemeinde-Vertretung Nöschenrode, sowie alle politischen Parteien fordern die Bürgerschaft auf, Ruhe und Ordnung zu halten, jeden Versuch umstürzlerischer Betätigung zu verhindern und so zu ihrem Teile beizutragen, von unserem Volke jene unheilvollen Folgen abzuwenden.*

Tatsächlich wurde die Anordnung zum Generalstreik in Wernigerode befolgt. Auch die Handwerker und Geschäftseinhaber schlossen sich an. Darüber hinaus wurden ständig Versammlungen einberufen.

Am 18. März - nachdem am 17. März die Zeitung nicht erschien - titelte das "Wernigeröder Tageblatt" "Die Lösung der Krisis" und vermeldete den Rücktritt Kapps und die Flucht der Putschisten. Ebenso auf der Titelseite berichtete die Zeitung über eine "Volksversammlung am Mittwoch". Auch dieser Bericht zeigt, dass es darum ging, die Arbeiterschaft versammelt zu halten, Einigkeit und Kampfbereitschaft zu demonstrieren – und "nebenbei" auch noch etwas für die Bildung zu tun: *Auch die gestern nachmittag einberufene Volksversammlung war unglaublich überfüllt. Dicht gedrängt, sodaß buchstäblich kein Apfel zur Erde fallen*

konnte, standen die Massen der Zuhörer. Genosse Steigerwald teilte namens des Aktionsausschusses mit, daß auch für heute nachmittag die uns zu Verfügung stehende freie Zeit mit einem wissenschaftlichen und zugleich populären Vortrag ausgefüllt werden sollte. Hierzu hatte sich Herr Betriebsleiter Körber vom städtischen Elektrizitätswerk zur Verfügung gestellt. Der Redner erläuterte an Hand seiner praktischen Tätigkeit in ausgezeichneter Weise das Wesen und die Art der Elektrizität. ... Herr Steigerwald ergriff dann zu den neuesten Phasen des Generalstreiks das Wort. In atemloser Spannung lauschte die Versammlung den Meldungen. Anknüpfend an diese Depeschen ermahnte der Redner auch fürderhin Ruhe und Ordnung zu wahren. Die Versammlung ging mit einem dreifachen Hoch auf die junge deutsche Republik auseinander.

Am 19. März erschien ein Artikel - geschrieben vom Redakteur Willy Steigerwald - unter der Überschrift "Volksversammlung im Monopol am Donnerstag" im "Wernigeröder Tageblatt": "Die Würfel sind gefallen, das Endresultat des Kampfes hat sich dem deutschen Volke zugewendet", diese Worte wurden der an der Spitze des gestrigen Blattes stehenden Depesche vorangesetzt. Und nun erst war die eigentliche Entspannung der Gemüter eingetreten, die sich durch lebhaften Beifallssturm äußerte. ... Und mit dem Rufe: "Nicht betteln, nicht bitten, nur wacker gestritten für Freiheit und Recht da kämpft sichs nicht schlecht" wurden die von stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen begleitet. ... Der 18. März 1848 und der 18. März 1920 werden fürderhin Gedenksteine in der Geschichte des deutschen Volkes sein und nur Einigkeit führt zum Ziele! Mit diesen Worten und einem Hoch auf die Republik schloß der Unterzeichnete die imposante Versammlung, nachdem zuvor die vorgenommene Abstimmung die einstimmige Annahme der Beendigung des Generalstreiks ergeben hatte.

Die "Lokalen Nachrichten" des "Wernigeröder Tageblattes" vom 19. März dokumentierten bereits den Wiedereintritt in die Normalität: Der Generalstreik ist in Wernigerode gestern abgebrochen und die Arbeit heute morgen allenthalben wieder aufgenommen worden. Der Streik ist, abgesehen von einigen unbedeutenden Uebergreifen der erregten Menschen in tadelloser Ordnung und Ruhe verlaufen. Verschiedentlich sind Waffen und auch vereinzelt Waren, wegen Uebertretung der Streikanordnung beschlagnahmt worden. Umlaufende Gerüchte über blutige Kämpfe in Nachbarstädten bestätigten sich nicht. In einmütigem Zusammenstehen der

Arbeiterschaft und des fortschrittlich denkenden Bürgertums hat Wernigerode sein ehrlich Teil zum Erfolg beigetragen, nun ist es auch Pflicht gemeinsam auf Linderung der Not hinzuarbeiten. Zu diesem Zwecke soll heute Abend ½ 9 Uhr im Rathause eine Besprechung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und dem Aktionsausschuß stattfinden, es gilt Mittel und Wege zu finden die geeignet sind den Lohnausfall der Arbeiterschaft wieder wett zu machen, damit in der nächsten Woche die Not nicht allzu sehr Platz ergreifen wird.

Bereits am 20. März erschien im Wernigeröder Tageblatt eine Anzeige unter der Überschrift "Beschuß der Arbeitgeber-Verbände bezügl. der heutigen Lohnzahlung". Darin hieß es: *In der gestern abend stattgehabten Sitzung der hiesigen Arbeitgeberverbände mit dem engeren Aktions-Ausschuß wurde vereinbart: Auf Antrag der Arbeitnehmervertreter der einzelnen Betriebe jeder Art soll der volle Wochenlohn heute zur Auszahlung gelangen. Soweit Beträge für nicht gearbeitete Zeit zur Auszahlung gelangen, sollen diese als Vorschuß gelten, dessen Abgeltung nach den Beschlüssen der zentralen Arbeitsgemeinschaften, gegebenenfalls nach der einheitlichen Regelung der Reichsregierung stattfinden soll.*

Dr. Andreas Schmidt

Weder Provokation noch Aufstand - Märzkämpfe 1921 in Mitteldeutschland

I Legenden

„Mit ihrem Blut, das sie der heiligsten Sache der Welt opferte, schrieb die Arbeiterklasse Mitteldeutschlands ein heroisches Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.“ Die Großkundgebung zum 65. Jahrestag der Märzkämpfe mit Erich Honecker am 21. März 1986 in Halle, aus dessen Rede das Zitat stammt, bildete den Schluss in einer langen Kette erklärenden Gedenkens an die Märzkämpfe in der DDR. Der folgende runde Jahrestag erlebte keine Aufmärsche von Kampfgruppenangehörigen und jungen Pionieren an Gedenkortern der Märzkämpfer mehr. Die Ereignisse vor mehr als 90 Jahren sind gleichwohl noch immer von Mythen überwuchert.

Zwei Legendenstränge wurden prägend und leben bis heute. Der eine betrifft die Gründe und Pläne für den Polizeieinsatz, der dem Aufstand vorausging. Der Einmarsch der Schutzpolizei in die größeren Orte des Mansfelder Landes habe die Arbeiterschaft zu Widerstand provozieren wollen, um damit wiederum ein hartes Durchgreifen gegen die Kommunisten zu legitimieren. Die Arbeiter seien provoziert, der Konflikt sei der KPD aufgezwungen worden. Die Schurken dieser Legende waren schon in den 20er Jahren und ebenso im Geschichtsunterricht der DDR die Sozialdemokraten. Der sozialdemokratische Innenminister Preußens Carl Severing und der Oberpräsident der preußischen Provinz Sachsen Otto Hörsing waren die „Konterrevolutionäre“, deren Republik es zu bekämpfen galt.

Der zweite Legendenstrang bezieht sich auf die Rolle der KPD. Es habe sich, so das öffentliche Urteil der damaligen Zeit, um einen aus Moskau inspirierten kommunistischen Putsch gehandelt. Tatsächlich reklamierte die KPD-Zentrale für sich schon während der Märztag, die Führung der Kämpfe zu haben. In der historischen Forschung hat die Wahrnehmung der Märzkämpfe als kommunistischer Putsch bis heute weitgehend Bestand.

II Provokation? – Der Ausgangspunkt der Kämpfe in Mitteldeutschland

Erst seit dem Jahr 2000 liegt eine umfassende quellengestützte Darstellung zum Einsatz der Schutzpolizei und zum Verlauf der Kämpfe von Christian Knatz vor, die ein ganz anderes Bild zeigt.

Der Süden der Provinz Sachsen war schon vor 1914 eine Bastion der linken Sozialdemokratie gewesen. Im Frühjahr 1917 traten die Gliederungen der SPD im Regierungsbezirk Halle-Merseburg mehr oder weniger geschlossen in die USPD über. Im Oktober 1920 schloss die Masse der USPD-Mitglieder des Bezirks sich mit den bis dahin in der Region bedeutungslosen Kommunisten zusammen. Seit den Streiks und Kämpfen des Frühjahrs 1919 hielt ein Zustand in der Region an, den Hans-Walter Schmuhl zutreffend als „Bürgerkrieg niedriger Intensität“ bezeichnet hat. Unterhalb der Konflikte, die von den Parteien der extremen Linken – vor allem KPD und KAPD - geschürt wurden und für Beobachter schwer davon zu trennen waren, nahmen ab Anfang 1921 soziale Proteste in den großen Betrieben des Bergbaus und der Chemischen Industrie eine Breite und Dynamik an, die die Region als besonderen Unruheherd erscheinen ließen.

Wilde Streiks und Massenversammlungen im Leunawerk und den Mansfelder Schächten waren nur die Spitze des Eisbergs. Werks- und Felddiebstähle waren an der Tagesordnung. Angesichts der schlechten materiellen Lage im zweiten Nachkriegsjahr betrachteten beispielsweise die Leuna-Arbeiter die Mitnahme von Holz aus dem Werk als recht und billig. Als die Werksleitung ab dem 1. März 1921 versuchte, die Holzdiebstähle zu unterbinden, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen an den Werkstoren. Die Parteien der extremen Linken erzeugten oder steuerten die Unruhen nicht. Ihre Agitatoren machten sich aber vielfach zu Sprechern der Auflehnung, speisten ihre Propaganda damit und versuchten aus dem sozialen Protest politische Revolution zu machen.

Im Februar 1921 entschloss das preußische Innenministerium sich auf Drängen des sozialdemokratischen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Otto Hörsing, die Unruhen durch eine Belegung wichtiger Orte der Region mit bewaffneter Schutzpolizei zu beenden. Im Fokus stand dabei die Beschlagnahme illegaler

Waffen. Der Einmarsch der Polizeieinheiten mündete nach vier friedlichen Tagen in einer Woche bewaffneter Auseinandersetzungen, deren Höhepunkte die Erstürmung des Leunawerks durch Polizeieinheiten am 29. März und ein Gefecht bei Ammendorf am 30. März 1921 bilden sollten.

Schon die Vorbereitung des Polizeieinsatzes ist mit der These von der Provokation eines kommunistischen Putsches nicht vereinbar. Weder Severing noch Hörsing glaubten Mitte März 1921 an einen bevorstehenden kommunistischen Putsch in der Region. Anders als die Kommunisten gleich nach dem Aufstand behaupteten, lösten der Wechsel an der Spitze der KPD Anfang März und der versuchte Sprengstoffanschlag einer Gruppe um Max Hoelz auf die Siegessäule in Berlin am 13. März, die Polizeiaktion weder aus noch änderten sie etwas an den bereits lange zuvor abgeschlossenen Planungen zum Zeitpunkt und zur Vorgehensweise des Einsatzes.

Der Einsatz der Polizei war darauf abgestellt, massenhafte Unruhen und bewaffnete Auseinandersetzungen zu vermeiden. Der Oberpräsident sorgte dafür, dass die Polizei entsprechend instruiert wurde. Er kündigte den Einmarsch der Polizeihundertschaften öffentlich an und versuchte, über die Presse und bei lokalen Funktionären der Linksparteien direkt um Verständnis für sein Vorgehen zu werben. Schließlich weist die Wahl des Zeitpunktes der Aktion direkt vor dem Osterwochenende auf die Absicht, Auseinandersetzungen zu vermeiden. Hörsing hoffte in den kurzen Wochen vor und nach Ostern würde eine Streikbewegung schwer Kraft gewinnen können.

Aus heutiger Sicht wirkt der Versuch, den Einmarsch der Schutzpolizei mit deeskalierenden Maßnahmen zu verbinden, naiv. Aber zunächst ging Hörsings Kalkül auf. Vier Tage lang verlief der Polizeieinsatz ohne größere Konflikte. Die Hundertschaften der Schutzpolizei rückten am 19. März in Hettstedt und Eisleben ein. Sie nahmen in öffentlichen Gebäuden Quartier, verzichteten aber auf weitere Aktionen und wurden auch nicht angegriffen.

Kommunistischer Aufstand? – Die Rolle der KPD

Am 17. März platzte die Nachricht von dem bevorstehenden Polizeieinsatz in eine Sitzung des Zentralkomitees der KPD. Die kommunistische Führung sah die Chance, nach vergeblichen Versuchen in den beiden Jahren zuvor, nun endlich die ersehnte Revolution zu entfesseln. Die deutschen Kommunisten waren seit dem Tag ihrer Gründung unter Druck, Revolution zu machen. Das Überleben von Lenins Revolution in Russland aus ideologischer Perspektive davon ab, dass sie Beginn einer europäischen Revolution würde und in den Augen der Bolschewiki in Petersburg und Moskau hatte die russische Räterepublik nur dann eine Chance, wenn andere Länder sich anschlossen. Auf den deutschen Kommunisten ruhten die größten Hoffnungen und nachdem diese durch Vereinigung mit der Mehrheit der USPD im Herbst 1920 von einer Splittergruppe zur Massenpartei aufgestiegen war. Seit er im Oktober 1919 Vorsitzender der KPD geworden war, hatte Paul Levi diese Vereinigung betrieben und auf eine realistische Lageeinschätzung gesetzt. Er sah im Deutschland der Jahre 1920 und 1921 keine Chance für einen kommunistischen Aufstand und hielt die Beteiligung an Parlamentswahlen für eine Möglichkeit die eigene Basis zu verbreitern, auch wenn es dabei blieb, dass die KPD die parlamentarische Demokratie prinzipiell ablehnte. Im Februar 1921 verlor er die Mehrheit im Zentralkomitee und trat zurück. Die nachfolgende Führung wollte den Aufstand sofort und so kam die Nachricht von dem bevorstehenden Polizeieinsatz gerade recht.

Die KPD rief zum Generalstreik auf, der allerdings nur an einigen wenigen Orten in Gang kam. Darüber hinaus sandte sie den Leiter ihres militärisch-politischen Apparats, Hugo Eberlein, nach Halle. Dort sollte er Sprengstoffattentate auf KPD-Gebäude und Entführungen kommunistischer Funktionäre fingieren, den Eindruck brutalen Vorgehens der Schutzpolizei erwecken, die Arbeiter in Aufruhr bringen und so und so Gewalt provozieren. Nichts davon gelang.

Auch vom militärpolitischen Apparat der KPD-Bezirksleitung Halle-Merseburg und seinen Leitern Alfred Lemck und Paul Bowitzki ging keine entscheidende Initiative zur Auslösung von Kämpfen im Mansfelder Land oder der Gegend um das Leuna-Werk aus.

Abenteurer oder Revolutionäre – Max Hoelz und Franz Utzelmann

Vielmehr lösten kleine Gruppen radikal Linker aus der KAPD oder deren Umfeld die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei aus, die später als Märzkämpfe bezeichnet wurden. Die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands hatte sich Ende 1919 von der KPD abgespalten und war auf radikalrevolutionärem Kurs geblieben.

Die Führer dieser beiden Gruppen, Max Hoelz und Franz Utzelmann, waren allerdings weder von KPD- noch von KAPD-Instanzen legitimiert oder gar entsandt worden und nahmen auch keine Weisungen von deren Leitungen oder Funktionären entgegen.

Der eine, Max Hoelz, kam am 22. März aus Berlin mit einigen Gesinnungsgenossen und mit dem festen Vorsatz im Mansfelder Land an, seine Vorstellung von Revolution in die Tat umzusetzen. Der zweiunddreißigjährige Hoelz war 1917 der USPD beigetreten und 1919 zur KPD gewechselt. 1920 hatte er gegen den Willen der örtlichen KPD-Leitung in seiner Heimat im Vogtland Kampfgruppen aufgebaut und nach dem Kapp-Putsch einen Aufstandsversuch unternommen. Seine Methoden hatten ihm den Ruf des „Räuberhauptmanns aus dem Vogtland“ eingetragen. Daraufhin aus der KPD ausgeschlossen, trat er der KAPD bei. Im März 1921 hielt der polizeilich Gesuchte sich in Berlin auf. Dort sammelte er Mitkämpfer aus dem Vorjahr. Er plante, mit Sprengstoffanschlägen wie dem fehlgeschlagenen auf die Siegestsäule Unruhe zu stiften und gewaltsam inhaftierte Angehörige seines Anhangs aus dem Vogtland zu befreien, als er vom Einmarsch der Schutzpolizei im Mansfelder Land erfuhr. Am Abend des 22. März hielt Hoelz in Eisleben auf einer Versammlung von KPD und KAPD eine Rede. Sein Ruf als „Räuberhauptmann des Vogtlands“, seine einfache Rhetorik und seine simple aber eindeutige Zielsetzung zeigten Wirkung. Hoelz erklärte, es sei an der Zeit, den Reichen zu nehmen und den Armen zu geben und dazu sei Gewalt nötig und angemessen. Noch im Versammlungssaal begannen seine Leute, Kampftruppen zusammenzustellen. Es gelang ihm, innerhalb weniger Stunden einige hundert Männer zu rekrutieren sowie Waffen und Fahrzeuge zu beschaffen. Noch in der Nacht zum 23. März nahmen

seine Leute die im Eisleber Lehrerseminar einquartierte Schutzpolizei unter Feuer. In der folgenden Woche führte er seine Truppe, die auf etwa 500 Mann anwuchs, quer durch das Mansfelder Land und über Sangerhausen bis nach Ammendorf. Zur Attraktivität der Truppe trug der Umstand, dass er seine Kämpfer mit 50 Mark am Tag bezahlte, sicher bei. Hoelz und seine Truppe konnten zu keinem Zeitpunkt den Polizeieinheiten ernsthaft entgegentreten. Sie verwickelten die Polizei in einige Gefechte, tauchten aber vor allem dort auf, wo die Schutzpolizei nicht präsent war, raubten Banken sowie Kassen von Behörden und Unternehmen aus und nahmen lokale Honoratioren als Geiseln, für die Hoelz atemberaubende Lösegeldsummen verlangte. Ein Versuch, die Schutzpolizei in Sangerhausen zu einem Gefecht zu stellen, endete in einer verlustreichen Niederlage.

Den kommunistischen Funktionären waren die von Hoelz selbst als „Expropriationen“ bezeichneten Methoden der Geldbeschaffung ebenso ein Dorn im Auge wie seine Weigerung, sich mit der Kampfleitung in Halle oder mit den Funktionären vor Ort abzustimmen.

Hoelz erwartete zu ihrem Ärger umgekehrt Gefolgschaft und Unterstützung von den lokalen Parteiorganisationen. Je nach Lage erklärte er sich zum Bevollmächtigten der KPD, KAPD oder der Anarchistischen Arbeiter-Union (AAU). Tatsächlich schloss sich bereits am 22. März Josef Schneider, der Leiter des kommunistischen Aktionsausschusses für das Mansfelder Land, der Hoelz-Truppe an. Fünf Tage später begab sich eine von Lemck und Bowitzki geführte Gruppe aus Halle unter Hoelz` Befehl. Die Gruppe hatte sich im Anschluss an eine kommunistische Massenversammlung auf dem Gertraudenfriedhof gebildet. Von den 15.000 Teilnehmern waren aber nur 200 bis 300 Mann dem Aufruf zum bewaffneten Kampf gefolgt. Lemck und Bowitzki scheiterten mit dem Versuch, Hoelz für ein abgestimmtes Vorgehen zu gewinnen. Vielmehr ordneten sie sich dem „Räuberhauptmann“ unter.

Der andere für die Kämpfe entscheidende Mann, Franz Utzelmann, nahm am 23. März im Leuna-Werk dem Betriebsrat und der kommunistischen Parteileitung den anlaufenden Streik aus der Hand. Er bildete mit einigen KAPD-Mitgliedern einen „Generalstab“, erklärte das Werk für besetzt und ließ um das Werksgelände herum

Verschanzungen anlegen. Auch ihm gelang es, einige hunderte Kämpfer zu rekrutieren. Der sechsundzwanzigjährige Utzelmann, der sich in Leuna Kempin nannte, gehörte der KAPD an und war zum Aufbau der Parteiorganisation nach Mitteldeutschland geschickt worden. In Leuna handelte er ebenso wenig wie Hoelz in Eisleben im Auftrag der Parteispitze. Auch Utzelmann und sein engerer Kreis in Leuna ließen sich in den folgenden Tagen weder Weisungen geben, noch suchten sie Kontakt zu den Leitungen der Linksparteien. Am 29. März stürmte die Schutzpolizei das Werk. Die Einsatzleitung der Polizei vermutete, sie werde auf eine „Rote Armee“ von 12.000 Mann Stärke mit erheblicher Bewaffnung treffen. Zu dieser Fehleinschätzung hatte Utzelmann, der in den Tagen zuvor freigiebig Interviews gegeben und dabei die Stärke seiner Truppe maßlos übertrieben hatte, beigetragen. Am Abend vor der Erstürmung durchbrachen 200 bis 300 Mann den Polizeiring und setzten sich mit dem Inhalt des Hauptkassenschanks über die Saale ins Unstruttal ab. Mehr als 60 der etwa 500 zurückgebliebenen Kämpfer wurden getötet. Die Flüchtlinge aus Leuna wurden am 30. März bei Eckartsberga aufgerieben. 15 starben, 63 wurden verhaftet. Utzelmann selbst verließ das Werk am Morgen des 29. März und floh zu Fuß nach Dürrenberg. Von dort fuhr er mit dem Zug nach Leipzig, um sich dort der sächsischen Polizei zu stellen. Er fürchtete – vermutlich nicht zu Unrecht – „auf der Flucht“ erschossen zu werden, wenn preußische Polizei ihn fasste.

Der Weg von Hoelz und seinen Kämpfern durch die Region endete drei Tage später bei Beesenstedt. Am 29. März ließ er in Ammendorf die Kassen von Behörden und Unternehmen plündern, wurde aber von Polizeieinheiten vertrieben. Auf dem Rückzug nach Gröbers trafen Max Hoelz und seine Truppe auf die einzige Gruppe von Kampfteilnehmern, die tatsächlich im Auftrag der kommunistischen Kampfleitung handelte. Die etwa 150 Mann unter dem Kommunisten Gerhard Thiemann hatten zuvor in Bitterfeld das Rathaus gestürmt und Amtsgericht, Post und Bahnhof besetzt. Am 29. März waren sie auf Befehl der Kampfleitung nach Leuna unterwegs. Hoelz übernahm auch hier wieder unwiderrspochen das Kommando und führte die 400 bis 500 Mann um Halle herum nach Osten, wo sie am 1. April bei Beesenstedt von Polizeieinheiten gestellt und aufgerieben wurden. In Halle selbst wurde nicht gekämpft. Zwei Kommunisten starben, als die Polizei am 29. März die „Kampfleitung“ in Halle aushob.

Der von Hörsing geplante begrenzte Polizeieinsatz scheiterte mit dem Auftauchen von Max Hoelz und der Besetzung des Leunawerks. Die Polizeiführung fiel zurück in die militärische Vorgehensweise der Jahre 1919 und 1920. Übergriffe gegen Zivilisten und Erschießungen von Kämpfern, die sich bereits ergeben hatten, erbitterten auch Teile der Arbeiterschaft, die nicht mit dem Aufstand sympathisierten. Es gelang der Republik auch in den folgenden Jahren bis 1933 nicht, der Bedrohung durch politische Extremisten Herr zu werden, ohne durch das eigene Vorgehen die verteidigte Demokratie selbst zu diskreditieren.

Anarchistischer Putsch? – Anhänger und Motive

Das angesichts der Kräfteverhältnisse strategisch sinnlos erscheinende Vorgehen von Utzelmanns und Hoelz kann nicht ohne Weiteres als Raubzug oder Abenteuerertum abgetan werden. Hoelz und Utzelmann waren keine theoriegeschulten, reflektierten Politiker auf revolutionärem Weg. Aber politische Motive können ihnen wohl nicht abgesprochen werden. Erklärbar wird ihr Vorgehen, wenn man unterstellt: Sie glaubten daran, die ersehnte Revolution mit dem begrenzten, aber entschlossenen Einsatz einer kleinen, militärisch handelnden Truppe auslösen zu können. Der Eindruck des Bürgerkrieges sollte die Massen in einen Aufstand mitziehen und den Bürgerkrieg herbeiführen. Hinter dem Eindruck der Räuberbande, der der Motivation mancher Kämpfer sicher gerecht werden mag, zeichnet sich letztlich eine anarchistische Konzeption von Revolution ab. Die Taktik der Sprengstoffanschläge, Geiselnahmen und „Expropriationen“ passt in dieses Bild. Paul Levi traf, wenn er von einem „Bakunistenputsch“ sprach, in dieser Hinsicht den Nagel auf den Kopf. Die etwa 2.000 Kämpfer blieben isoliert. Hunderttausende vermutlich überwiegend jüngerer, männlicher Arbeiter praktizierten mit großer Selbstverständlichkeit Formen sozialen Protests, die weit über den Rahmen der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Tradition hinausgingen und bei den Trägern dieser Tradition Entsetzen hervorriefen. Aber auch dieser radikalisierte Teil der Arbeiterschaft war überwiegend nicht bereit, erstens sich einem bewaffneten Aufstand anzuschließen und zweitens sich in den Dienst gleich welcher Revolutionsidee einer Partei zu stellen.

Was bleibt sind zehn Tage zwischen dem 22. März und dem 1. April 1922, an denen einige hundert radikal linke Männer unter Führung zweier unsteter Charaktere mit anarchistisch beeinflussten Vorstellungen eine Region in Atem hielten. Die Kampfteilnehmer, die Hoelz und Utzelmann folgten, sind bisher nicht Gegenstand systematischer Forschung gewesen. Daher wissen wir nur wenig über die Zusammensetzung dieser Gruppen im Hinblick auf Motive sowie politische Herkunft und Einstellungen. Die wenigen bekannten Biographien legen nahe, dass es sich vor allem Angehörige der zweiten Generation der Vorkriegssozialdemokratie handelte, die sich in Krieg und Revolution radikalisiert hatten und die es – oft vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen mit staatlicher Repression in den Auseinandersetzungen der Jahre 1919 und 1920 – zum direkten bewaffneten Kampf für die soziale Utopie trieb.

Den Auslöser des Polizeieinsatzes bildeten weitaus breitere Äußerungen sozialen Protests in der Region. Sie wurden bereits von den Zeitgenossen vielfach als Aktion der radikal linken Parteien missdeutet. Über die Quellen und Formen dieses Protestes wissen wir ebenso wenig, wie über die Motive und den Grad politischen Bewusstseins der zornigen, gewaltgewöhnten jungen Männer, die mit Hoelz und Utzelmann zu den Waffen griffen.

„Bei Leuna sind viele gefallen...“ ? – Die Märzkämpfe werden Legende

Das Bild der Märzkämpfe als Provokation des Staates erweist sich ebenso als Legende wie das des kommunistischen Aufstandes. Auch von einem durch Linkskommunisten oder Anarchisten gesteuerten Aufstand kann keine Rede sein. Anarchistische Vorstellungen hatten ebenso wenig einen Boden in der Realität der mitteldeutschen Arbeiterschaft wie die kommunistische Offensivtheorie. Es gelang der KPD nicht, einen Generalstreik zu initiieren, geschweige denn daraus einen Aufstand zu entwickeln. Die Arbeiterschaft der Region folgte dem kommunistischen Aufruf zum Generalstreik mehrheitlich nicht. Eine Ausdehnung des Streiks auf das Reich misslang völlig. Für eine Teilnahme an den Kämpfen vermochte die KPD nicht einmal einen Bruchteil ihrer eigenen Mitgliedschaft zu mobilisieren.

Für die KPD entwickelte der Versuch, die Streiks und Unruhen in einen Aufstand zu überführen, zur Katastrophe. Die Partei, die 1920 67.000 Mitglieder im Bezirk organisiert hatte, verlor drei Viertel ihrer Mitgliedschaft durch Austritte und stagnierte bis zum Ende der zwanziger Jahre bei einer Mitgliederzahl um die 10.000. Reichsweit lag die Austrittsquote bei zwei Dritteln der Gesamtmitgliedschaft. Die Partei verlor dabei die Mehrzahl ihrer Reichstagsabgeordneten, darunter auch zwei der drei Abgeordneten des Wahlkreises Halle-Merseburg. Lenin persönlich überzog die KPD-Zentrale auf dem Komintern-Kongress im Sommer 1921 mit Kritik. Die Brandler-Führung irrlichterte durch zwei Jahre andauernder Krise der Partei und einen weiteren Putschversuch, bis sie abgelöst wurde.

Die KPD-Führung vereinnahmte die Kämpfe des Frühjahrs 1921 in den zwanziger Jahren vollständig für sich. Die Partei mobilisierte für die Freilassung der verurteilten Teilnehmer der Kämpfe, auch für die von Max Hoelz. Der bedankte sich mit einem Buch, das ihn als im Auftrag der Partei handelnd darstellte. Der preußische KPD-Landtagsabgeordnete Otto Kilian, als „Roter General“ Halles während des Novembers 1918 selbst mit revolutionärem Nimbus versehen, schrieb einen pathetischen Text über das „rote“ Mansfelder Land, der eine gerade Linie von den Bauernkriegen und Thomas Münzer zum Jahr 1921 und „Max Hölz´ tapfere[r] Schar“ zog.

Die bürgerliche Presse und die Behörden übertrieben den Umfang des „Aufstands“ erheblich. Auch die überzogene Strafverfolgung wertete die KPD eher auf. An die Polizeibrutalitäten im Gefolge der Kämpfe schlossen sich 4.000 Verurteilungen an. Auch der KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler wurde zu einer Haftstrafe verurteilt. Die KPD drehte das zu ihren Gunsten herum. Bereits 1921 sprach die Führung von „hunderttausenden“, die gekämpft hätten. Die SED ordnete die März-kämpfe bruchlos in die eigene Traditionslinie ein. Eine Konferenz im Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED am 28. Februar 1956 gab die von da an kaum noch veränderte Lesart auch im Detail vor. Anknüpfend an die Bewertung der Ereignisse durch die KPD aus den zwanziger Jahren wurden die Kämpfe als Abwehrkampf der mitteldeutschen Arbeiterschaft gegen eine Provokation des imperialistischen Staates dargestellt. Jedoch hätten die Aufständischen unterliegen müssen, weil „die allgemeine Situation für einen bewaffneten Aufstand mit dem Ziel der Errichtung der

Macht der Arbeiterklasse nicht reif war.“ Es sei der KPD-Führung nicht gelungen, vor Ort eine „einheitliche, zielklare Leitung“ des Aufstands zu etablieren. Vor allem aber wurden der Hang der KAPD zum individuellen Terror, der Verrat der „Opportunisten“ um Paul Levi und das Wirken von Spitzeln der Polizei in den Reihen der Aufständischen für die Niederlage verantwortlich gemacht. Mit der Glättung der Darstellung der Abläufe tat man sich 1956 noch schwer. Aus den „hunderttausenden“ Aufständischen wurden im Verlauf von Knittels Schilderung der Kämpfe 4.000 Mann, die von einer „Übermacht“ von 39 Hundertschaften Polizei besiegt wurden. Ähnlich widersprüchlich blieb die Sicht auf Max Hoelz. Seine Methoden seien zu verurteilen, aber gleichwohl sei er ein „aufrechter Revolutionär“ gewesen, „der mutig und ehrlich für die Interessen der Arbeiterklasse gekämpft hat.“ Hoelz blieb demnach ein – wenngleich bockiges – Adoptivkind der kommunistischen Eigengeschichtsschreibung. Seine Rolle wurde von nun an aber auf die eines etwas undisziplinierten Unterführers der kommunistischen Aktion reduziert. Ab dem Jahr 1956 wurde in der ganzen DDR jährlich der März-kämpfe gedacht. In der Region entstanden zahlreiche Gedenkstätten, die zum Teil bis heute bestehen.

Literatur:

Winkler, Heinrich-August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924, 2.Aufl., Berlin-Bonn 1985.

Knatz, Christian, Heer im Grünen Rock. Der Mitteldeutsche Aufstand von 1921 die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Berlin 2000,

Koch-Baumgarten, Sigrid, Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt/Main 1986.

Schmuhl, Hans-Walter, Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Halle (Saale) 2007.

Ullrich, Volker, Der ruhelose Rebell. Karl Plättner 1893-1945. Eine Biographie, München 2000.

Ludewig, Hans-Ulrich, Unruhen, Aufstand und Bürgerkrieg im mitteldeutschen Raum, in: Politische, soziale und kulturelle Konflikte in der Geschichte von Sachsen-Anhalt, hrsg. von Werner Freitag, Klaus-Erich Pollmann und Matthias Puhle, Halle (Saale) 1999.

Rainer Löhr

Der älteste Magdeburger Sozialdemokrat



Manfred Hubert ist das mit Abstand älteste Mitglied der SPD in Magdeburg und nimmt noch immer im Ortsverein Magdeburg Süd am Parteilieben teil.

Am 18.11. 1989 wurde in Magdeburg der Stadtverband der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) gegründet (98 Mitglieder).

Gleich darauf warben sein Nachbar Hartmut Theilmann und der erste Ortsvereinsvorsitzende Sudenburgs, Uwe Pasemann, Manfred für die SDP, als sie von seiner vorherigen Mitgliedschaft in der SPD erfuhren.

Das erste provisorische Mitgliederheft (mit einer Konsummarke als formalem Beleg) datiert vom Dezember 1989 und gilt so bis März 1991. Dann wurde ein neues Heft, nun eines der SPD, angelegt.

Körperlich und geistig ist er mit seinen 95 Jahren erfreulich rüstig, fährt unfallfrei Auto und hat unlängst mit seiner Frau Christa eine Schiffsreise nach Norwegen und Island unternommen. Ein bewegtes Leben ist zu beschauen, das bald ein ganzes Jahrhundert umfasst.

Geboren wurde er am 6.3.1920 in Hinterhain. Er wuchs in einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie auf (der Vater Rudolf Hubert war Bauarbeiter, die Mutter Reinigungskraft) in diesem kleinen Ort bei Auerbach im Vogtland (heute eingemeindet). Der 10jährige Junge ging 1930 zu den Pfadfindern, der sozialdemokratisch orientierten Jugendorganisation, die 1933 von den Nazis verboten wurde.

Nach achtjährigem Schulbesuch nahm er eine Malerlehre auf, war aber erst ein Jahr im Beruf, als er schon zur Wehrmacht eingezogen wurde.

Nachdem er als Bordschütze bei der Luftwaffe 1943 durch Granatsplitter am Rücken verwundet worden war und Erfrierungen an Händen, Füßen und Ohren erlitten hatte, wurde er in ein Lazarett in Tilsit eingeliefert.

In Tilsit lernte er eine junge Verkäuferin kennen und heiratete sie. Es war eine der üblichen Kriegsehen, denn viel hatte das junge Paar nicht voneinander. Der Krieg zog sich hin und an den Endsieg glaubten längst nicht mehr alle.

Der von zu Hause aus links geprägte Manfred Hubert lief im Januar 1945 zur Roten Armee über. Er arbeitete im Nationalkomitee Freies Deutschland mit und wurde dann Rotarmist in einer Panzertruppe. Als solcher kam er über Prag nach Deutschland zurück und holte, als Buchenwald befreit war, seinen Vater, der das KZ überlebt hatte, nach Hause ins Vogtland. Manfreds Frau, die aus Ostpreußen mit ihrer Mutter und zwei Geschwistern vertrieben worden war, wartete dort bereits auf ihn. Die Familie hatte überlebt. Der Krieg war aus. Nun war „Chitler kaput“ ,wie die sowjetischen Befreier den Zusammenbruch des III. Reichs nannten.

In Auerbach arbeitete er nur kurze Zeit in seinem alten Beruf. Ein Kriegskamerad informierte ihn, dass in der schwer zerstörten Stadt Magdeburg von der BRABAG Arbeiter zum Wiederaufbau gesucht wurden. Die Braunkohlen-Benzin-AG BRABAG war der erste Betrieb, der wegen der unentbehrlichen Treibstoffproduktion ab 2.9.1945 eilig wieder instandgesetzt werden sollte. So zog er nach Magdeburg.

Am 1.12.1945 trat Manfred Hubert nach guter sozialdemokratischer Familientradition in die wieder gegründete SPD in Magdeburg -Rothensee ein. Er erlebte die Auseinandersetzungen und die Annäherungen zwischen der SPD und der KPD in den Monaten bis zur Zwangsvereinigung im April 1946 mit



zwiespältigen Gefühlen mit. Ehe es sich viele Sozialdemokraten versahen, waren sie vereinnahmt worden. Die Hoffnung, dass sie mit ihrer Mehrheit in der Einheitspartei politisch maßgeblich mitzubestimmen hätten, erfüllten sich bekanntlich nicht.

In der BRABAG wurde Manfred einer von anfangs 2000 , später 3000 Arbeitskräften in der Rothenseer Fabrik. 1948 war dies das letzte der 17 Magdeburger Werke, die auf Befehl der sowjetischen Militäradministration (SMA) demontiert wurden.

Der nun eigentlich arbeitslose Manfred Hubert musste sich aber selbst keine neue Arbeitsstelle suchen, denn er wurde zwangsverpflichtet zur Transportpolizei (Trapo). Allerdings weigerte er sich, eine Dienstpistole zu tragen. Vom Schießen hatte er ein für alle Mal genug und hatte sich wie viele andere Kriegsteilnehmer geschworen, nie wieder eine Waffe in die Hand nehmen zu wollen. Und so fuhr er jahrelang mit der Reichsbahn durch die Lande.

1952 hatte er genug davon und wurde als Kaderinstrukteur beim Schwermaschinenbau „7. Oktober“ eingestellt. Dorthin kam 1954 frisch von der Oberschule die 19jährige Christa, die seine Sekretärin wurde. Aber wie die Dinge sich so entwickelten : als er sich scheiden lassen wollte, um sie zu heiraten, wollte die SED als moralische Instanz dies nicht zulassen. In einer lautstarken Auseinandersetzung über seine „ mangelnde Parteidisziplin“ schmiss er sein Parteibuch auf den Tisch, ließ sich 1955 scheiden und heiratete seine Christa. Das hatten die nun davon. Und die ungeliebte Parteimitgliedschaft war er damit auch los. Als Parteiloser waren für ihn nun die eventuellen Aufstiegsmöglichkeiten dahin und so wurde er wieder Maler. Er arbeitete bei verschiedenen privaten Malermeistern, die aber alle irgendwann in eine Produktionsgenossenschaft (PGH) eintreten mussten. Zuletzt, ab 1960, arbeitete er bei der Firma „Maler Nord“, in der er 25 Jahre lang bis zu seiner Verrentung 1985 blieb.

Im Herbst 1989 wurde mit der friedlichen Revolution auch die Neugründung einer



sozialdemokratischen Partei möglich, der er bald nach der Gründung in Magdeburg beiträt. Mit großer Freude und Genugtuung konnte er zunächst einen provisorischen, dann im Januar 1990 seinen neuen und richtigen Mitgliederausweis in den Händen halten.

Der 70-Jährige wurde gleich als Seniorenbeauftragter der jungen alten Partei SPD in Sachsen-Anhalt geworben. In den folgenden Jahren füllte er diese Funktion mit großem Engagement aus. Er schloss Freundschaftsverträge mit den Genossen in Helmstedt und Braunschweig, der Partnerstadt Magdeburgs, war regelmäßig als der erste Seniorenvertreter aus den Neuen Ländern in Bonn bei den Sitzungen des Seniorenbeirats des Parteivorstands. Er wurde in Sachsen-Anhalt in den Parteirat gewählt und war im AWO-Kreisvorstand. Von 1990 bis 1992 gründete er in Sachsen -Anhalt 11 Unterbezirke der Senioren. Am 8.10.1992 stand er schließlich in Magdeburg im Rathaus dem parteiübergreifenden Seniorenbeirat vor.

Dann aber bremsten gesundheitliche Probleme seine Aktivitäten aus und er musste sich einer Herzoperation unterziehen. Für seine Verdienste und seine 50jährige Parteimitgliedschaft wurde er vom damaligen Stadtvorsitzenden Dr. Lutz Trümper mit der goldenen Anstecknadel geehrt.

Von besonderem Wert ist für Manfred Hubert aber seine alte SPD-Mitgliedskarte von 1945, auf die er sich die Autogramme von Hans-Jochen Vogel, Oskar Lafontaine und Willy Brandt schreiben ließ.

Rainer Löhr

Oberbürgermeister Otto Baer und der schwere Anfang in Magdeburg 1945/1946

Es war eine Zeit, die pragmatische und erfahrene Verwaltungsbeamte brauchte. Solch einen Managertyp fanden die Amerikaner, Briten und Russen, die nacheinander ab dem 18. April 1945 die Stadt besetzten, in Otto Baer. Der Sozialdemokrat war von 1920 bis 1933 Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung und Verwaltungsdirektor des Sudenburger Krankenhauses gewesen. Als Antifaschist bekannt, setzte ihn der amerikanische Stadtkommandant Major Ackerman (nach einem Intermezzo mit Julius Götsch an dieser Stelle, der Stellvertreter des Nazi-Oberbürgermeisters Markmann gewesen war) am 3.5.1945 als Bürgermeister ein.

Otto Baer, geboren am 1.2.1881 in Jerichow, Arbeitersohn, wurde Weißgerber und engagierte sich schon 1898 in der Lederarbeitergewerkschaft, erst als Hauskassierer, später als Bezirksleiter. 1900 trat er in die SPD ein. Er war Mitbegründer der Volksfürsorge in Magdeburg, einer Versicherung der Gewerkschaft und wurde 1914 deren Gewerkschaftsführer. 1917 wählten ihn die Genossen zu ihrem Vorsitzenden im Magdeburger SPD-Ortsverein. In der Zeit der Weimarer Republik hatte die SPD im Wahlbezirk Magdeburg-Anhalt prozentual den stärksten Wähleranteil im ganzen Reich. Ab 1920 (bis 1933) bildete die SPD auch die stärkste Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung im Magdeburger Rathaus. Es waren die für die Magdeburger Entwicklung so bedeutenden 20er Jahre, in denen auch Otto Baer seine Fähigkeiten entfalten konnte. Oberbürgermeister Hermann Beims führte die Industriestadt mit ihren gewaltigen Problemen zu einem beispielhaften Bauboom schon vor und in der Zeit des Dessauer Bauhauses: „Magdeburg – die Stadt des Neuen Bauens“. Bis 1933 wurde die bis dahin prekäre Wohnsituation für viele Bürger durch soziale Wohnsiedlungen stark verbessert.

Nach der Machtergreifung Hitlers am 30.1.1933 wurde die Demokratie ausgehebelt. Schon am 5.2. wurden durch Verfügungen Görings und von Papens die Stadtverordnetenversammlungen in den Städten des Reichs aufgelöst. Die Neuwahl in Magdeburg am 2.3. brachte der NSDAP 27 Sitze, der SPD 23, die KPD durfte ihre Mandate nicht wahrnehmen. Die NSDAP wurde durch den „Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot“ unterstützt (DVNP, DVP und Stahlhelm). Später, bis zum 29.8., wurden

zunächst die Sozialdemokraten rausgeworfen und dann die Bürgerlichen, die sich nicht der NSDAP anschließen wollten. Nun war die Einheitspartei perfekt.

Bei den Reichstagswahlen am 5.3. 1933 erhielt die NSDAP in Magdeburg 84 509 Stimmen (41%), DNVP 21 082 (10%), SPD 64 197 (31,2%) und die Kommunisten trotz Terrors 25 323 (12,3%). Im Reichstag peitschte Hitler dann am 23.3.1933 sein Ermächtigungsgesetz durch. Die 81 KPD-Abgeordneten waren zuvor schon ausgeschlossen, meist auch Opfer von Verfolgungen geworden. 94 Sozialdemokraten hatten den Mut, in offener Abstimmung nach der berühmten Rede von Otto Wels als einzige Partei gegen das Gesetz zu stimmen. Die anderen 26 SPD-Mitglieder waren bereits verhaftet worden oder untergetaucht.

Das Magdeburger Rathaus war schon am 11.3. von der SA besetzt und der Magistrat aus dem Ratssaal geworfen worden. Oberbürgermeister Ernst Reuter wurde unter Anwendung von Gewalt abgesetzt und gedemütigt. Ein Polizeioffizier nahm ihn zur Abschirmung vor weiteren Übergriffen vorübergehend in Schutzhaft. Sein Stellvertreter Dr. Herbert Goldschmidt aber wurde als Jude in entwürdigender Weise durch die Stadt zum Braunen Haus geführt und musste die Hakenkreuzfahne mit dem „deutschen Gruß ehren“. (Goldschmidt wurde 1943 im KZ Riga ermordet.) Reuters Protestbrief an den Reichspräsidenten Hindenburg blieb unbeantwortet. Ernst Reuter wurde am 9.6. verhaftet, verbüßte zweimal eine halbjährige Haft im KZ Lichtenburg, flüchtete 1935 nach Großbritannien und später in die Türkei. Der Jurist Dr. Fritz Markmann, seit 1931 NSDAP-Mitglied und Stadtverordneter, wurde am 25.3. zum neuen Oberbürgermeister ernannt, nicht gewählt. Dieses Amt behielt er bis zum 18.4.1945. Alle Ämter wurden von ihm mit NS-Gefolgsleuten besetzt. 1936 wurde die ehemals „Rote Stadt im Roten Land“ zur „nationalsozialistischen Stadt“ gekürt.

Auch der Stadtverordnetenvorsteher Otto Baer wurde zunächst für zwei Wochen in „Schutzhaft“ genommen und war 12 Jahre lang der polizeilichen Meldepflicht unterworfen, zudem musste er öfter Hausdurchsuchungen erdulden. Erst 1935 konnte der Arbeitslose eine Versicherungsvertretung übernehmen. Da er andere arbeitslose Sozialdemokraten einstellte, kam der Verdacht einer Widerstandsgruppe auf. 1936 kam Baer für fünf Monate in Untersuchungshaft. Erst 1938 durfte er seine

Tätigkeit wieder aufnehmen. Nach Kriegsbeginn, im November 1939, wurde er vom Finanzamt dienstverpflichtet.

Nach dem missglückten Attentat auf Hitler am 20.7.1944 wurden die Verschwörer hingerichtet. Der Magdeburger Generalmajor Henning von Tresckow beging Selbstmord. Der Anschlag war dann Anlass für Vergeltungsmaßnahmen. Im August wurden in der „Aktion Gitter“ zahlreiche Verdächtige verhaftet, auch Magdeburger Antifaschisten. Otto Baer kam für sechs Wochen nach Sachsenhausen, Willy Plumbohm, von 1921-33 SPD-Fraktionsvorsitzender, für 16 Wochen. Die Mitglieder der kommunistischen Widerstandsgruppe um Hermann Danz und Martin Schwantes wurden im Februar 1945 hingerichtet.

Im Frühjahr 1945 näherten sich die beiden Fronten der Alliierten der Elbe. Die US-Army hatte nach schweren Kämpfen den Westteil der zur Festung erklärten Stadt Magdeburg am 18.4. eingenommen und lieferte sich noch über die Elbe Feuergefechte mit den deutschen Truppen. Die „US-Militärregierung Deutschlands in Magdeburg“ wurde von Major Ackerman befehligt. Er wollte umgehend eine funktionierende Stadtverwaltung installieren und setzte in Unkenntnis des Personals den ehemaligen Stadtbaurat und Stellvertreter des Nazi-Oberbürgermeisters Dr. Markmann, Julius Götsch, als Bürgermeister ein und stattete ihn mit einer weißen Armbinde als „Lord Mayor“ aus. Dieser erfüllte aber nicht Ackermans Erwartungen und deshalb setzte er nach einem Zusammentreffen mit Otto Baer diesen erfahrenen und antifaschistischen Kommunalpolitiker am 3.5. als Chef der Verwaltung ein. Baer war von Anfang an sehr tatkräftig und umsichtig und organisierte z.B schon am 10.5. den ersten Aufbausonntag. Ackermann machte ihn daraufhin am 15.5. zum Oberbürgermeister. Baer bekam jedoch den Holzhändler Werner Höhne als „Hilfsbürgermeister“ an die Seite gestellt. Alle Verwaltungsstellen des Reichs, der Provinz, der Reichsbahn, Finanzbehörden, Reichswasserstraßen, Gerichtswesen, Polizei... in Magdeburg fielen auch in sein Ressort.

Mit bewundernswerter Energie organisierte Baer das Leben in der verheerten Stadt, soweit der Kommandant ihn gewähren ließ. Die Ämter beließ er allerdings weitgehend in den Händen der Verwaltungsfachleute, soweit sie keine ausgewiesenen Nazis waren – er kannte ja die meisten. So hatte es der Kommandant auch verlangt, Baer brachte es jedoch später einigen Ärger ein.

In Magdeburg-West lebten nur noch etwa 90 000 Einwohner, im abgeschnittenen Ostteil, von den Russen besetzt, 13 000 (von vordem 340 000 in der ganzen Stadt). Vor der zivilen Stadtverwaltung standen fast unlösbare Aufgaben: Die Infrastruktur war weitgehend zerstört (Gas-, Wasser-, Stromversorgung), sämtliche Elbbrücken waren gesprengt, die Innenstadt und die Alte Neustadt zu mehr als 80 % im Bombenhagel untergegangen, eine Trümmerwüste. Es gab keinerlei Verkehrsverbindungen, die meisten Fabrikanlagen waren zerbombt, ohne Maschinen und Material, die Lager in den letzten Kriegstagen und danach auch noch geplündert... Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter drängten von beiden Seiten der Elbe in die Heimat, marodierten, kamen aber nicht über den Fluss. Am schwierigsten war die Lebensmittelversorgung. Die Menschen in benachbarten Dörfern und Städten zeigten sich oft wenig solidarisch. Es wurde eine Industriekommission zur Beratung der Verwaltung berufen, diese war schon Ende April aktiv. Aufräumarbeiten wurden verpflichtend gegen Bezug von Lebensmittelkarten angeordnet. Die ersten Organisationseinheiten, schon während des Einmarschs der Sieger, waren Antifa-Ausschüsse in den weniger zerstörten Stadtteilen. Geführt wurden sie von Sozialdemokraten, Kommunisten oder auch von bürgerlichen Kräften, die von den Amerikanern eingesetzt wurden. Im Stadtteil Reform wurde die Gruppe von Willy Plumbohm geführt, in Diesdorf von Oskar Linke. Die Bevölkerung stand diesen Gruppen aber misstrauisch bis ablehnend gegenüber. Diejenigen, die ausgebombt und in der Stadt geblieben waren, wurden, wenn sie nicht selbst unterkamen, den Bewohnern der nicht zerstörten Stadtteile zugewiesen. Es herrschte vielfach große Enge in den intakten Wohnungen.

Dann kam der Wechsel der Besatzung von den Amerikanern zu den Briten am 30.5.1945. Der seit dem 5.6. neue Stadtkommandant Major Gibson setzte Otto Baer am 9.6. ab und den Steuerfachmann Dr. Gerhard Lehfeldt ein, sein Stellvertreter wurde Stadtmedizinalrat Dr. Jeske. Lehfeldt, ein bürgerlicher jüdischer Demokrat (er

war ab 1935 boykottiert worden), stürzte sich an Baers Personalauswahl der Amtsträger und kündigte am 14.6. per Amtsblatt an, dass er da, „wo der Nazigeist von neuem sein Haupt erheben sollte, ...mit der rücksichtslosesten Brutalität durchgreifen“ wolle. Er ließ ehemalige NSDAP-Mitglieder registrieren, wollte dies auch für SA, SS, HJ und BDM, entließ mehr als 200 Personen und ließ einige verhaften, da ihm auch der Polizeipräsident unterstand. Abgesehen von den konsequenten Säuberungen setzte er aber die von Baer begonnene Aufbauarbeit fort.

Neben der zivilen Verwaltung, der politische Betätigung verboten war, hatte Baer aufgrund einer Richtlinie des US-Leutnants Finkelstein schon Mitte Mai die Genehmigung für Magdeburg zur Gründung einer Einheitsgewerkschaft eingeholt. Eine paritätisch mit Sozialdemokraten und Kommunisten besetzte „Zwölferkommission“ (Vorsitzende Paul Schrader, Sozialdemokrat und Paul Brandt, Kommunist) vertrat „alle Berufe und Belange der arbeitenden Bevölkerung“. Wiederum war jede politische Betätigung verboten. Es hatte sich aber auch ein Antinazikomitee als „Zehnerausschuss“ mit Ernst Thape (SPD) und Ernst Brandt (KPD) als Vorsitzende gegründet. Dieser forderte zusammen mit dem Zwölferausschuss Dr. Lehfeldt auf, einen Magistrat und einen Stadtausschuss zu bilden, außerdem bei der britischen Militärregierung eine zivile Regierung für die Provinz Sachsen zu beantragen. Es wurden sogar Namen genannt. Präsident sollte Dr. Braun (SPD) werden, Landeshauptmann Dr. Weisser. Nun fühlte sich Dr. Lehfeldt durch die Fülle der Verantwortung und die ungeahnten verwaltungs- technischen Schwierigkeiten überfordert und trat wenige Tage später zurück. Wieder wurde Otto Baer als Oberbürgermeister eingesetzt. Der wollte jetzt aber den von den Kommunisten als 2. Bürgermeister geforderten Walter Kaßner nicht akzeptieren, weil er ihm keine loyale Zusammenarbeit zutraute. Dieses mangelnde Vertrauen wurde ihm am 27.6. von Ernst Brandt vorgeworfen. Da war aber schon bekannt geworden, dass in 4 Tagen die Besatzung wieder wechseln sollte und diesmal endgültig. Die Kommunisten hofften nun auf kräftige, nicht nur ideologische Unterstützung.

Bei ihrem Abzug ließen Amerikaner und Briten nicht nur Sachwerte „mitgehen“ wie Maschinen, sondern aus der Reichsbank am Domplatz 120 t Silberbarren und 700 Millionen Reichsmark, Patente und Konstruktionsunterlagen, aber auch Fachkräfte,

die verhaftet wurden oder auch willig in den Westen mitgingen, oft auch gleich bis in die USA .

Zwischen Briten und Russen war für den Übergang der Besatzung vom Ostteil in den Westteil Magdeburgs ein Ausgehverbot verabredet worden (mit Ausnahme von 9-10 und 15-16 Uhr). Am 2.6. hatten die Amerikaner neben der gesprengten Strombrücke eine hölzerne Brücke gebaut, die mit Paraden der amerikanischen und sowjetischen Armee eingeweiht worden war. Über diese Brücke zog nun am 1.7. ab 7.00 Uhr die Rote Armee in den Westteil der Stadt, aus den Fenstern von den Bewohnern misstrauisch beobachtet. Die West-Magdeburger hatten bisher nur die flotten amerikanischen und britischen Soldaten erlebt, bestens ausgerüstet und als Sieger relativ großzügig. Da aber nicht sowjetische Kampftruppen einzogen, sondern der Tross, waren die Magdeburger enttäuscht von den wenig glanzvollen Soldatenkolonnen und den Panjewagen mit geraubtem Mobiliar. Auch hatten die 12 Jahre ideologischer Einwirkung mit der Glaubens- und Rassenlehre einer überlegenen „arischen Rasse“ gegenüber „bolschewistischen Untermenschen“ die Gehirne vernebelt. Die arrogante Haltung vieler dieser sich selbst als „höher stehend“ einschätzenden Bürger erschwerte die Zusammenarbeit. Da auch Vergewaltigungen, willkürliche Verhaftungen, Erschießungen, Plünderungen, obwohl offiziell verboten, vorkamen, verbreitete sich Furcht und Hass. Wohnungen, Häuser und ganze Straßenzüge wurden beschlagnahmt, die Wohnungsnot vergrößerte sich dadurch noch. Die später von der SED verordnete „unverbrüchliche Freundschaft“ gab es jedoch nie wirklich, dies verhinderte in den ersten Monaten und Jahren (mit einigen Ausnahmen) das rigide Auftreten der Besatzungsmacht. Aber Otto Baer wurde wiederum als OB bestätigt, zusätzlich war er Regierungspräsident der Bezirksregierung Magdeburg. Der Kommunist Walter Kaßner wurde Bürgermeister und Leiter für Inneres und Polizei.

Die Verhandlungen der Stadtverwaltung mit der sowjetischen Kommandantur bei gegenseitigem Misstrauen und Ausbremsung von deutschen Aktivitäten waren schwierig. Die Sowjetische Militäradministration Deutschlands (SMAD) war am 6.6.1945 gebildet worden mit dem Siegergeneral Marschall Shukow an der Spitze (der von Stalin wegen seines Ansehens und seiner Beliebtheit später im März 1946 entmachtet wurde).

Nach dem 1.7. waren Kontrolle und Gehorsam die Maxime des Magdeburger Stadtkommandanten Generalmajor Gussew, der wiederum Befehlsempfänger des Oberkommandos war.

Interessant war das Verhalten Gussews gegenüber der von den Russen im April schon installierten Stadtverwaltung in Ostelbien. Dort war nach Ende der Kämpfe mit den letzten deutschen Einheiten als Bürgermeister Anton Trumpa eingesetzt worden, der aus dem Baltikum stammte und als seine Qualifikation für dieses Amt Russischkenntnisse aufweisen konnte und seine Verwaltung nur mit Kommunisten besetzte. Sozialdemokraten und bürgerliche Antifaschisten blieben außen vor.

Für 75 Tage nannte sich Magdeburg-Ost „Cracauer Kommune“. Diese Ost-Verwaltung, abgeschnitten von allen Versorgungsleitungen, meisterte die großen Probleme so gut wie möglich und soweit ihr nicht durch den Kommandanten Einhalt geboten wurde: hungernde Bevölkerung, Flüchtlinge, befreite Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene, heimkehrenden deutsche Soldaten, Plünderungen von marodierenden sowjetischen Soldaten und Trümmer überall. Kommandanturchef Beljajew sorgte aber auch für Lebensmittelzuwendungen und verpflichtete alle Bürger zu Aufräumarbeiten. Es konnte sogar nach einigen Umbauten im Roxy-Kino am Heumarkt Theater gespielt werden, auch Kino und Variete`gab es.

Als am 31.7. auf Anordnung Gussews die Verwaltung Ost in die Stadtverwaltung eingegliedert wurde, sollte Otto Baer keine Amtsinhaber aus Magdeburg-Ost übernehmen! Allerdings wurde Anna Ebert, die Leiterin der Sozialfürsorge, wieder mit diesem Amt betraut. Wenn auch im Juli 1945 noch nicht von einem planmäßigen Aufbau gesprochen werden konnte, so gab es doch neue Hoffnung. In Magdeburg Ost waren bereits am 4.6. durch die Kommandantur antifaschistische Parteiengründungen zugelassen worden, ab dem 5.7. galt das nun für die ganze Stadt. SPD und KPD hatten bereits vorher Stadtteilorganisationen gegründet, nun gab es schon Aufrufe vom ZK der KPD am 11.6. und vom Zentralausschuss der SPD in Berlin zur Einigkeit in der Arbeiterbewegung. Als Ziel stellten sich beide Parteien in ihren Programmen eine antifaschistisch-demokratische parlamentarische Republik vor!

Ende 1945 zählte die SPD in Magdeburg 11 000 Mitglieder, die KPD 6 000. Am 5.7.1945 gründete sich eine Ortsgruppe der LDP, am 6.7. ein CDU-Ortsverband mit mehr als 1000 Mitgliedern. Im August waren 12 Dezernenten in der Verwaltung tätig, 7 von der SPD, 2 KPD, 2 LDP, 1 CDU.

Am 11.6. gab es auf dem Domplatz die erste große Massenkundgebung mit geschätzten 30 000 Teilnehmern, Redner: Otto Baer, Walter Kaßner, für die LDP Arno Roßberg, für die CDU Heinz Dechant. Hatte die KPD am 11.6. noch in einem Aufruf ihre Ablehnung bekundet, „dem deutschen Volk das Sowjetsystem aufzuzwingen“ (!) und ein Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie abgegeben, sich zur Einheit Deutschlands bekannt und als Fernziel den Sozialismus angepeilt, zwar die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gewollt, aber noch keine Vereinigung, so änderte sich in der Folgezeit diese Haltung grundlegend. Die aus Moskau zurückgekehrte „Gruppe Ulbricht“ kaschierte ihr Ziel einer Einheitspartei unter Führung der KPD mit dem Wort „Demokratie“, betrog aber, wie sich später herausstellte, nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch diejenigen Kommunisten, die nun auf eine endlich freie Gesellschaft hofften, wie z. B. Anton Ackermann.

Die Vorstellungen von einheitlichem Handeln waren recht ambivalent. Die Sozialdemokraten wollten gesamtdeutsche Parteien, keine separaten in den Besatzungszonen. Anfangs wollte offenbar Marschall Shukow sogar mehr auf die Massenpartei SPD bauen. Der sowjetischen Politik war 1945 anscheinend die künftige Einheit Deutschlands durchaus vorstellbar. Dann aber wurden von Gussew bei Vergabe von Posten und Ämtern mehr und mehr Kommunisten begünstigt. Die vereinbarte Parität galt schon im August 1945 nicht mehr. Und auch die Hoffnungen trogen, die der spätere Magdeburger SPD-Vorsitzende Walter Weigelt auf einer Kundgebung am 26.8.mit zeitgemäßem Pathos ausrief: „Nie wieder wollen wir Parteigezänk wie in der Weimarer Republik hören... Auf, Sozialisten, schließt die Reihen...Wir wollen und brauchen die Einheit (der Arbeiterklasse), um leben zu können...“

Otto Grotewohl hielt am 15.9. in der städtischen Halle in Sudenburg eine Rede (die Wiederholung seiner Rede vom Tag zuvor in Berlin) mit dem Leitgedanken des gemeinsamen Kampfes mit der KPD. Vorrang habe aber eine einheitliche sozialdemokratische Partei für Gesamtdeutschland. (Das Festhalten an dieser Reihenfolge und Bedingung hielt bis zum 21.12.1945 vor)! Der Zeitpunkt für die organisatorische Einheit der Arbeiterklasse sei noch nicht gekommen. Diese Meinung vertraten auch die Magdeburger Otto Meier, Chefredakteur des SPD-Zentralorgans „Das Volk“ und Mitglied des Zentralausschusses (ZA) der SPD in Berlin sowie Werner Brusckke für die Bezirke Magdeburg, Halle und Dessau. Alle sahen dabei die SPD immer in der Führungsposition.

Das „SPD-Büro Dr. Schumacher“ in Hannover für Westdeutschland lehnte im Oktober eine politische Zusammenarbeit mit der KPD konsequent ab und behielt ständig auch Distanz zum Zentralausschuss der SPD (in Berlin und für die SBZ). Die Sozialdemokraten aus Magdeburg und der Provinz Sachsen, sozusagen auf halbem Wege zwischen Berlin und Hannover, aber mit sehr schlechten Verkehrsverbindungen und den Zonengrenzen, waren durch diese Rivalität verunsichert. Die Differenzen verstärkten auch das Misstrauen der KPD in den Willen der SPD zur Vereinigung (CDU und LDP war dieses Ziel begreiflicher Weise sowieso suspekt). Dazu kamen Unterschiede in den Auffassungen der Magdeburger, der mit 35 000 Mitgliedern stärksten Bezirksorganisation der SPD mit Ernst Thape und dem Provinzialausschuss mit Sitz in Halle-Merseburg mit Bruno Böttge als einem kompromisslosen Einheitsbefürworter.

Auch Otto Baer betonte in Reden auf öffentlichen Parteiversammlungen die Notwendigkeit der einmütigen Zusammenarbeit der Arbeiterparteien – aber mehr auch nicht. Grotewohl war zu diesem Zeitpunkt noch klar gegen eine schnelle Vereinigung. Dann kam der KPD die Einsicht, dass die SPD in der Bevölkerung eindeutig die vorherrschende Rolle spielte und dass die stärkere Unterstützung der KPD durch die Besatzungsmacht allen klar wurde. Ende August kam es zu einem Kurswechsel, der Druck auf die einer schnellen Einheit widerstrebende SPD wurde massiver. Auch der 1. Bezirksparteitag der SPD in Magdeburg am 20./21. Oktober formulierte in seiner Entschließung die politische Notwendigkeit einer Vereinigung, aber Otto Meier vom ZA aus Berlin erinnerte an Grotewohls Forderung vom 15.

September nach einer zuvor zu bildenden Reichspartei. Daneben waren die kommunalpolitischen Probleme, über die Otto Baer referierte, von größtem Interesse. Der anwesende Major Gussew, der sich die Redebeiträge simultan übersetzen ließ, war offenbar sehr zufrieden, denn er lud den neu gewählten Bezirksvorstand zu einem Festessen mit viel Wodka ein.

Das politische Klima änderte sich nach einer Rede Grotewohls am 11. November grundlegend. KPD und SMA zogen nun alle Register zur Bekehrung der Ungläubigen: Infiltration, Spaltung, Druck, Machtdemonstration... In mehreren Veranstaltungen diffamierten Offiziere der Roten Armee Sozialdemokraten als Kleinbürger und Faschisten. Gustav Schmidt, Albert Deutel und anderen wurde Doppelzüngigkeit vorgeworfen. General Kotikow (Leiter der Provinzialverwaltung der SMA) wollte Grotewohl Ende November in Dessau nur nach schriftlicher Genehmigung sprechen lassen. Dennoch beteuerten die Vertreter der beiden Parteien auf einer Funktionärskonferenz am 1. Dezember, dass sie keine Spaltung zulassen, sondern die Voraussetzungen zur Bildung einer einheitlichen Arbeiterpartei in ganz Deutschland schaffen wollten.

Der Umfaller der SPD wurde offensichtlich auf der 60er-Konferenz von SPD und KPD am 20./21. Dezember mit einer einstimmigen EntschlieÙung. Am ersten Konferenztag gab es von Grotewohl zwar wiederum ein eindeutiges Bekenntnis der Bereitschaft zur Einheit, aber auch Klagen über undemokratisches Verhalten des Partners und Zweifel an seiner Ehrlichkeit. Es müsse absolute Gleichberechtigung geben, anders als es die Praxis der letzten 6 Monate gezeigt hätte. Die politische Einheit Deutschlands wäre gefährdet, wenn nur in e i n e r Besatzungszone dieses Modell einer Arbeiterpartei existieren würde. Ernst Thape und Gustav Schmidt äußerten sich ähnlich ablehnend zu einer Vereinigung v o r der Profilierung beider Parteien in ganz Deutschland. Noch zeigte sich hierin Widerstand gegen eine zu schnelle Vereinigung mit der Folge einer Spaltung der SPD.

Der Verdacht, dass sowjetischer Druck über Nacht die Auffassung Grotewohls geändert hätte, wurde nicht nur von Schumacher später gegenüber Grotewohl ausgesprochen . Eine Kommission hatte „nach eingehender Aussprache“ die EntschlieÙungsfassung der KPD nur leicht geändert und legte sie nun dem Plenum

vor. Eine Diskussion darüber sei nicht nötig, nur die Kommunisten Wilhelm Pieck und Bernard Koenen sollten noch sprechen. Andere Redner zogen daraufhin ihre Redebeiträge zurück, nur Ernst Thape erkämpfte sich noch das Rederecht, aber auch er schwenkte ein: das deutsche Volk erwarte jetzt die Einheit und Führung der Arbeiterklasse, sonst drohe die Reaktion! Die KPD-dominierte EntschlieÙung wurde einstimmig angenommen! Das bedeutete faktisch die Niederlage der SPD in der SBZ und Aufgabe der bisher so hartnäckig verteidigten Positionen. Am 15.1.1946 gab es noch den Versuch einer Interpretation der Beschlüsse der 60er-Konferenz durch den ZA und auch einige auch noch vereinzelt weitere Widerstände, aber das war nur ein letztes Aufbäumen.

Auf einer von der KPD höchst eilig einberufenen Funktionärskonferenz der Provinz Sachsen für den 31.Dezember in den Palast-Lichtspielen Magdeburg-Sudenburg mit je 600 Mitgliedern sollte dieses Ergebnis manifestiert werden, bevor die SPD-Genossen Zeit hätten, die ganze Tragweite zu erkennen. Die EntschlieÙung lag den Teilnehmern auch gar nicht vor, aber Koenen für die KPD und Böttge für die SPD stellten sie als quasi verbindlich dar. Immer noch, bis Januar/Februar 1946 beharrten einige SPD-Funktionäre wie Dux, Weigelt, Wallstab, Deutel und andere auf vorher zu organisierenden Reichsparteitagen der Parteien.

Die Sozialdemokraten mussten nun für sich entscheiden, ob sie sich bei weiterem Widerstand dem Machtapparat ausliefern sollten oder aber sich in eine Einheitspartei einordnen wollten mit der Hoffnung, die auch Grotewohl immer wieder nährte, dass wir doch immer noch zahlenmäßig überlegen seien. Die Fluchtwelle in den Westen setzte erst in den Monaten Februar/März 1946 (Korspeter, Dux, Dahrendorf) und den folgenden Jahren (u.a. Klingelhöfer, Gustav Schmidt, Deutel, Thape) ein.

Am 26. Januar 1946 wurde Oberbürgermeister Otto Baer von General Kotikow abgesetzt und vom KGB verhaftet – wegen „verbrecherischer Tätigkeit“! Er hätte Befehle Marschall Shukows missachtet und Sabotage betrieben. Richtig ist, dass Baer oft die Befehle Kotikows oder Gussews, wenn sie ihm unsinnig oder nachteilig für die Bevölkerung erschienen, nicht korrekt ausführte. Er sah sich als OB in der Rolle des verantwortungsvoll und berechtigt Handelnden. Hier offenbarte sich der

reine Machtanspruch der Besatzer. Kotikow wollte seit langem schon auf Drängen der Kommunisten einen Wechsel an der Spitze der Stadtverwaltung, nämlich den Bürgermeister Walter Kaßner im Amt befördern.

Durch die Intervention von Gustav Schmidt und Ernst Thape konnte ein OB Kaßner verhindert werden, da sie sich überzeugend für den ausgewiesenen Verwaltungsfachmann Rudolf Eberhard, OB von Bernburg, einsetzten. Und der General wolle sich doch wohl nicht dem Verdacht aussetzen, mit der Absetzung Baers die SPD zu treffen und den offensichtlich weniger befähigten Kaßner zu etablieren, nur weil der Kommunist sei. Das hätte man auch den vereinigungswilligen Sozialdemokraten nur schwer überzeugend darlegen können. Das war damals auch noch möglich: Kotikow, obwohl wütend, ließ sich überzeugen! Auch der Wirtschaftsdezernent Wilhelm Korpeter war unbotmäßig gegenüber der SMA und wurde abgesetzt. Er ging schon im März 1946 in den Westen.

Hermann Prübenau, eifriger Einheitsbefürworter und seit Februar 1946 Vorsitzender des Bezirksvorstands der SPD, musste eine besondere Aversion gegen Otto Baer haben, denn er schilderte später zynisch dessen Los nach der Verhaftung: „Nachdem Otto Baer bißchen andere Luft schnuppern musste, um sich bissel ideologisch zu klären, ich nehme an, unsere sowjetischen Freunde haben ihm ein bißchen was beigebracht, denn als er rauskam, hat er gesagt Er wäre der beste Stalinist, der jemals gelebt hat – aber ich bezweifle das, dass er das jemals war. Aber zumindest hat er das zu mir gesagt, es waren ja immerhin 4 Monate“.

Otto Baer konnte dann eine „unpolitische“ Abteilungsleiterstelle im Finanzministerium in Halle antreten, die er bis zu seiner Pensionierung innehatte. Als Opfer des Faschismus aber (was eine Rente bedeutet hätte) wurde er nicht anerkannt.

Sein Sohn, der Kaufmann in Hannover und später Kurdirektor in Fallingb. war, wollte ihn zu sich holen, aber Baer lehnte ab: er wollte seine sozialdemokratischen Freunde nicht im Stich lassen. Auch dem Abwerbungsversuch eines Beauftragten der „Schumacher-Gruppe“ für das Amt des Oberbürgermeisters von Nürnberg soll er widerstanden haben.

Es muss für ihn mindestens eine Genugtuung gewesen sein, dass Thape und Schmidt den Sozialdemokraten Rudolf Eberhard als seinen Nachfolger durchgesetzt hatten. Nach diesem Amt hatte dieser sich nicht gedrängt, er folgte der Überredungskunst seiner Genossen, aber schließlich auch dem Befehl der SMA! Da auch er wie sein Vorgänger sein Verwaltungspersonal nach Sachkompetenz wählte, eckte er bei der SMA immer wieder an. Vor allem aber machten die geforderten Reparationsleistungen und Demontagen den Aufbau einer leistungsstarken Industrie immer wieder zunichte. Es war ein überaus harter und frustrierender Job. Am erfolgreichsten waren die Vorleistungen für den späteren Wiederaufbau, die Enttrümmerung und Materialbergung. Hier leistete der von Eberhard aus Dessau nach Magdeburg geholte Erich Koß Großartiges. Aber wie so viele andere Sozialdemokraten wurden Eberhard und Koß unter der Anklage des unverbesserlichen „Sozialdemokratismus“ und angeblicher Sabotage verhaftet und zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. 1955 flüchteten sie in die Bundesrepublik.

Otto Baer starb am 23.4.1966 in Magdeburg. Eine Straße in Reform ist nach ihm benannt. Für Magdeburg war das erfolgreiche Wirken des Oberbürgermeisters und seines sozialdemokratischen Nachfolgers in der Nachkriegszeit ein großer Glücksfall. So konnte die schwer geprüfte Stadt, im Sinne des Titels der ersten Aufbauausstellung nach dem Kriege „wie Phönix aus der Asche steigen“.

Dr. Rüdiger Fikentscher

Juden und Sozialdemokratie

Als in Dessau anlässlich des jüdischen Holocaustgedenktes am 16. April 2015 von dem Künstler Gunter Demnig weitere sechs „Stolpersteine“ verlegt wurden, ist dadurch auch des langjährigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Gustav Hoch (1862- 1942) gedacht worden. Die Initiatoren hatten gebeten, aus diesem Anlass einige Worte zum Verhältnis zwischen Juden und Sozialdemokraten zu hören. Beim darüber nachdenken wurde mir klar, dass ich nur zweierlei wusste: Einmal, dass die SPD nie antisemitisch war, und zweitens, dass es in unserer Partei von Beginn an bedeutende jüdische Persönlichkeiten gab, ohne dass ich im Stande gewesen wäre, sogleich Namen zu nennen. Dies wiederum schien mir ein gutes Zeichen dafür zu sein, dass die jüdische Herkunft oder Religion unter den Sozialdemokraten offensichtlich nie besonders hervorgehoben worden ist, weil sie weitestgehend integriert waren. Es galt also, Hilfen und Ratschläge einzuholen, um etwas zu sagen, was für die Anwesenden ein gewisses Maß an Aufklärung bringen konnte.

Mit Hilfe der bedeutenden Kennerin sozialdemokratischer Geschichte, unserer Genossin Prof. Helga Grebing, gelangte ich an Frau Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum, Direktorin des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, und erfuhr folgendes: Am 6. März 2013 fand zum 150. Jubiläum der Sozialdemokratie im Jüdischen Museum Berlin eine Veranstaltung unter dem Titel „Juden, zur Sonne, zur Freiheit!“ statt. Dieser Titel wurde folgendermaßen begründet: „Im 19. Jahrhundert strebten viele zur Sonne, zur Freiheit: Arbeiter, Juden, Frauen – sie alle kämpften manchmal gemeinsam, oftmals getrennt und zudem in allen erdenklichen Kombinationen für ein Ziel: Emanzipation. Natürlich bedeutete dies jeweils Unterschiedliches, aber es gab auch viele Gemeinsamkeiten, nicht zuletzt in Gestalt der konservativen Gegner jedweder Befreiung.“

In der Arbeiterbewegung spielten jüdische Männer und Frauen eine bedeutende Rolle. Vor allem seit den 1890er Jahren, also nach dem Fall des Sozialistengesetzes und dem Aufbau neuer Strukturen in der SPD, besetzten jüdische Politiker und Journalisten hervorgehobene Positionen in der SPD und der sozialdemokratischen

Presse. Vor 1914 waren zehn Prozent der SPD-Reichstagsabgeordneten jüdisch. Das scheint die These von der Überrepräsentation zweifelsfrei zu unterstreichen, weil nämlich der jüdische Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung nur etwa ein Prozent betrug. Dieser Eindruck ändert sich jedoch, wenn man nur die christlichen und jüdischen Sozialdemokraten bürgerlicher Herkunft miteinander vergleicht. Denn um 1900 gehörte die große Mehrheit der jüdischen Familien dem Bürgertum an, und die höhere Bildung ihrer Nachkommen ermöglichte diesen einen vergleichsweise schnellen Aufstieg in der Partei. Die Frage bleibt, warum diese jungen Frauen und Männer bewusst die Klassenschranken überschritten und ihr Leben der Arbeiterbewegung widmeten. Darüber ist viel spekuliert worden. Das Ergebnis waren einige Vermutungen, z.B. dass eine spezifische jüdische Gerechtigkeit die Ursache für dieses Engagement sei oder auch die eigenen Diskriminierungserfahrungen. Gegen solche Thesen spricht jedoch der Umstand, dass trotz dieser Ethik und Erfahrungen die große Mehrheit der deutschen Jüdinnen und Juden keine Sozialisten wurden, und zwar selbst dann nicht, als kaum noch andere politische Alternativen zur Verfügung standen.

Aus jüdischer Sicht betrachtet waren und blieben die jüdischen Sozialisten nämlich eine Ausnahmeerscheinung, und sogar noch eine nicht besonders gut gelittene, weil das jüdische Bürgertum in seiner großen Mehrheit traditionell und treu zum Liberalismus stand und ihm jede revolutionäre Initiative zuwider gewesen ist. Die „Allgemeine Zeitung des Judentums“ schrieb noch 1891, dass es „auf der ganzen großen und Weiten Gotteswelt nicht zwei schärfere Gegensätze geben kann, als Judentum und Sozialdemokratie“. Jahrzehntlang fühlten sich bürgerliche Juden eher von den klassenkämpferischen Parolen der Arbeiterbewegung bedroht als von den Hetzreden der Antisemiten. Ein Wandel dieser Einstellung trat nur ganz langsam ein, und zwar, als die jüngere Generation dem Liberalen Fortschrittsglauben zunehmend skeptisch gegenüber stand und zugleich an den Universitäten und auf dem Arbeitsmarkt den antisemitischen Anfeindungen stärker ausgesetzt war als es die Elterngeneration ertragen musste. Und dennoch: selbst nach 1930, als die von ihnen bevorzugte Partei, die DDP, untergegangen war, taten sich viele jüdische Männer und Frauen noch schwer, den Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben, sondern wechselten lieber ins rechte Lager zur DVP oder zum katholischen Zentrum.

Betrachtet man diese Haltung und Entwicklung, so ist festzustellen, dass es Ausnahmepersönlichkeiten unter den Juden waren, die sich für die Arbeiterbewegung einsetzten, und ihre Entscheidung für diese Richtung kaum auf ein wie auch immer zu definierendes „Jüdisches Erbe“ zurückzuführen ist. Vor 1933 gab es keine Gruppe „jüdische Sozialdemokraten“, so wie es heute ganz selbstverständlich die „Christen in der SPD“ gibt. Es ist zu vermuten, dass die Betroffenen gegen eine solche Zuordnung sogar protestiert hätten, weil für sie das Judentum lediglich als Herkunftsmerkmal galt und der Beruf und das politische Lager, dem man sich selbst zurechnete, als bedeutsamer betrachtet wurden. Erst die Anfeindungen von außen und die Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland machten diese Männer und Frauen zu einer Gruppe und zwangen ihnen eine bis dahin streng abgelehnte „Identität“ auf. Wegen dieser Umstände und Entwicklungen, hat sich die moderne Forschung dazu entschlossen, diese Geschichte weniger über Statistiken als über Biographien zu beschreiben. Dabei zeigt sich, dass die unterschiedlichen Lebenswege jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine beeindruckende Vielfalt jüdische-sozialistischer Engagements deutlich werden lässt und auch, welchen hohen Preis sie im 20. Jahrhundert als doppelt Verfolgte zu zahlen hatten.

Ein Beispiel für den Mut und die Konsequenz eines jüdischen Deutschen ist Gustav Hoch, dem in Dessau mit der Verlegung eines Stolpersteins gedacht wurde. Um es gleich vorweg zu sagen: Mit Dessau hatte er nur durch die nationalsozialistische Verfolgung zu tun, denn hinsichtlich seiner bedeutenden politischen Tätigkeit sucht man dort vergeblich nach Spuren. Doch sein Sohn, Arzt und Sozialdemokrat in Dessau, wurde samt seiner Familie deportiert, umgebracht und zuvor in ein sogenanntes „Judenhaus“ gepresst, wo man zugleich den alten Vater mitregistriert hatte. So kam die Zuordnung nach Dessau zustande. Das Gedenken an ihn kann dadurch jedoch nicht gemindert werden, weswegen sein Lebensweg hier kurz wiedergegeben werden soll. Dabei ist zu beachten, dass der Vorname „Gustav“ in der Familie mehrfach vorkommt, auch der Sohn in Dessau so hieß, und man deswegen zur Unterscheidung die Abkürzungen sen. und jun. verwendet.

Bernd G. Ulbrich, der bei der Stolpersteinverlegung anwesend war, hat sich mit der Familie Hoch näher beschäftigt. Von ihm erfahren wir: Gustav Hoch sen. war ein

bekannter sozialdemokratischer Politiker sowohl während des Wilhelminischen Kaiserreiches als auch der Weimarer Republik. Er wurde am 10. Januar 1862 in Neubrück in der Provinz Posen geboren, absolvierte in Danzig eine kaufmannslehre und besuchte das Gymnasium in Stolp, wo er 1885 das Abitur anlegte. Dann studierte er an den Universitäten von Berlin, Königsberg und Zürich Staatswissenschaft und lernte schon frühzeitig die Theorien von Karl Marx und Friedrich Engels kennen. Nach dem Studium schlug er eine publizistische Laufbahn ein und war von 1890-1894 Redakteur der „Frankfurter Volksstimme“. Noch während der Zeit des Sozialistengesetzes, 1888, trat er der Sozialdemokratie bei und war 1890 Mitbegründer des SPD-Ortsverbandes Bad Homburg vor der Höhe.

1895 zog Hoch sen. nach Hanau, betrieb dort ein Buch- und Tabakwarengeschäft, war als Arbeitersekretär der Freien Gewerkschaften tätig und Nebenberuflich Redakteur der lokalen Gewerkschaftsblattes „Dachdecker-Zeitung“. Von 1902 bis 1908 sowie von 1910 bis 1919 war er Stadtverordneter in Hanau. Bei der Reichstagswahl 1898 gewann er für die SPD den Wahlkreis Hanau-Gelnhausen. Zwar verlor er 1903 das Reichstagsmandat wieder, doch konnte er sich bei der Wahl 1907 im selben Wahlkreis erneut durchsetzen und gehörte bis 1918 dem Reichstag an. 1919/20 war Gustav Hoch Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und anschließend bis 1928 erneut Reichstagsabgeordneter.

Gustav Hochs politische Stellung innerhalb der Sozialdemokratie ist dadurch gekennzeichnet, dass er schon 1915 gegen die Bewilligung der Kriegskredite durch seine Partei stimmte, aber dennoch Mitglied der Mehrheits-SPD blieb. Als deren Führer in Hanau wurde er in der Bürgerkriegszeit Anfang 1919 von linken politischen Gegnern brutal zusammengeschlagen. Dieser Fall erregte damals großes Aufsehen weit über Hanau hinaus, sodass sogar das in Dessau erscheinende sozialdemokratische „Volksblatt für Anhalt“ darüber berichtete und schrieb: „Es wird die höchste Zeit, daß jeglicher Gewalttat mit äußerster Strenge entgegengetreten wird“.

Ulbrich schreibt über ihn weiter: „In zahlreichen Redebeiträgen, Aufsätzen und Broschüren erwies sich Gustav Hoch als kenntnisreicher, sozial engagierter und streitbarer Politiker und Volksvertreter. Er galt in seiner Partei und darüber hinaus

insbesondere als Experte im Bereich der Sozialpolitik, des Arbeitsschutzes und der Sozial- und Krankenversicherung...In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde er wegen seiner Verlässlichkeit und Aufrichtigkeit allgemein als ‚Papa Hoch‘ verehrt. Sein altersbedingtes freiwilliges Ausscheiden aus dem Reichstag im Jahr 1928 haben viele bedauert. Neben sozialem Engagement und Unabhängigkeit im Denken zeichnete sich Gustav Hoch durch weit über die Tagespolitik hinausreichende Bildung aus. Er las bis in sein hohes Alter lateinische und griechische Philosophen in der Ursprache und verfolgte auch die modernen philosophischen Richtungen. Sein Bildungsstreben wurzelte auch in seiner jüdischen Herkunft. Unter Hochs Vorfahren waren mehrere Rabbiner gewesen. Er selbst trat 1885 aus dem Judentum aus und schloss sich der freireligiösen Bewegung an.“

Und dann widerfuhr diesem geachteten verdienstvollen Mann die doppelte Verfolgung durch die Nationalsozialisten: Bereits 1933 wurde er als politischer Gegner inhaftiert und später wegen seiner jüdischen Herkunft zum Bürger zweiter Klasse herabgewürdigt. Man sperrte ihn in ein jüdisches Altersheim und ließ den fast Achtzigjährigen im Winter Schnee schippen. Einige Zeit, das war im Umfeld der Volkszählung im Mai 1939, war er offiziell bei seinem Sohn in Dessau polizeilich gemeldet. Es ist allerdings nicht gewiss, ob er tatsächlich im Dessauer „Judenhaus“ Franzstr. 3-4 gewohnt hat, wo die Familie des –ebenfalls sozialdemokratischen- Sohnes untergekommen war. Fest steht nur, dass Gustav Hoch sen. am 21. Juli 1942 von Berlin aus nach Theresienstadt deportiert wurde, wo er am 4. Oktober 1942, im 81. Lebensjahr, starb.

Das Beispiel der Familie Hoch zeigt, wie uns mit Lebensläufen einzelner Persönlichkeiten das Verhältnis zwischen Juden und Sozialdemokratie näher gebracht werden kann als mit Statistiken und allgemeinen Betrachtungen.

Lothar Tautz

Sozialdemokratischer Aufbruch 1989 aus der Sicht der DDR-Provinz

Die Weltöffentlichkeit war genauso überrascht, wie der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl: Das Engagement von einer kleinen Gruppe von Bürgerrechtlern verbunden mit der Ausstrahlungskraft der Friedensgebete in Leipzig bewirkte, dass in wenigen Wochen des Herbstes 1989 ein waffenstarrendes totalitäres System, angeführt von den senilen Dogmatikern der Wandlitzer Rentnerriege, in die Geschichtsbücher verbannt wurde.

Selbstverständlich begünstigte die politische Großwetterlage das Unterfangen, aber dass die Herbstrevolution erfolgreich ausging, war dem mutigen Einsatz einer seit 1987 erstarkten Opposition geschuldet, die nicht mehr bereit war, sich nur mit einem Tapetenwechsel im ZK der SED zufrieden zu geben.

Spätestens seit dem Hallenser Kirchentag 1988 liefen die Anstrengungen jener oppositionellen Kräfte zielgerichtet auf eine „gesellschaftliche Umgestaltung“ der DDR hinaus. So jedenfalls waren die 20 Thesen überschrieben, die Reinhard Höppner, Axel Noack, Edelbert Richter und Friedrich Schorlemmer dort öffentlich verkündeten. Für deren Umsetzung brauchte es eine Opposition, die sich auch außerhalb der Kirchendächer organisierte und eine breitere Öffentlichkeit erreichte, als es in der „politischen Untergrundtätigkeit“ bis dahin möglich war.

Wesentliche Bausteine dafür waren:

- die ökumenischen Versammlungen für „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ 1988 und '89 in Magdeburg und Dresden,
- das Frieden Konkret –Treffen 1988 in Greifswald,
- die Wahlbewegung im Mai 1989,
- die Kirchentage in Halle/S. 1988 und in Naumburg und Leipzig 1989 und
- die Sommerakademien der Solidarischen Kirche, organisiert von Ulrich Stockmann, 1989 mit einem Trainingsprogramm zur künftigen Regierungsarbeit ausgestattet, wo sogar Ibrahim Böhme einmal Minister einer DDR-SPD-Regierung sein durfte.

Genau zu diesem Zeitpunkt allerdings wurde es ernst: Am 24. Juli 1989 war in Niederndodeleben die Initiative zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei von Martin Gutzeit und Markus Meckel formuliert und am 26. August in Berlin im Zusammenhang mit einem Menschenrechtsseminar eher zufällig vorgestellt worden.

Ein bedeutender Tag, nicht nur im Blick auf das 200jährige Jubiläum der französischen Revolution, sondern auch auf die eigene Erinnerung: Am 26. August 1976 war die Beerdigung von Pfarrer Oskar Brüsewitz, der auf dem Zeitzer Marktplatz aus Protest gegen die Politik der DDR-Regierung den selbstgewählten Opfertod erlitt. Genau ein Jahr später verfügte das SED-Regime die Abschiebung des Schriftstellers Jürgen Fuchs, des Liedermachers Gerulf Pannach, des Musikers Kuno Kunert von der damals schon legendären „Renft-Combo“ und des Vikars Aljoscha Günther Schau aus dem Stasi-Knast Hohenschönhausen in den ungeliebten Westen – allesamt Hoffnungsträger einer neuen Generation junger DDR-Bürger, die sich in der „bleiernen Zeit“ der 70er DDR-Jahre nicht mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in ihrem Land arrangieren wollten.

Mit dem Aufruf zur SDP-Initiative schließt sich für viele Bürgerrechtler ein Kreis von 13 Jahren meistens leiser, auch ängstlicher, aber spätestens seit 1983 ebenso lauter und fordernder Gesellschaftskritik aus der Perspektive eines Sozialismus heraus, der seinen Namen auch verdient.

Diesen Blickwinkel hatten Biermann, Fuchs und Pannach, aber auch „Krusches Mannschaft“ (Stasi-Terminologie: Kirchenleute um Bischof Krusche, zu denen auch der Verfasser gehörte), in der bereits Mitte der 70er Jahre die These von einem „verbesserlichen Sozialismus“ buchstabiert wurde. Die richtigen Worte dazu fanden 1977 die Initiatoren des „Querfurter Papiers“ – ein Samisdat-Reflex auf die Schlussakte von Helsinki – in Zusammenarbeit mit der Naumburger Menschenrechtsgruppe. Ihnen allen wurde schon seit 1976 von der Stasi die „Verbreitung des Sozialdemokratismus“ (O-Ton MfS) vorgeworfen.

Die Vertiefung in Theologie und Philosophie für diesen „verbesserlichen Sozialismus“ unternahmen seit 1978 der Meckel/Tautzsche Bonhoeffer- und Hegel-Kreis in Naumburg und Berlin und die danach entstehenden Friedens-, Menschenrechts- und

Umweltgruppen mit ihrer Praxis- und Lebensbezogenheit. Den Evangelischen Kirchentagen und der Solidarischen Kirche gelang es in den 80er Jahren, die Gruppen zu vernetzen und die Kräfte so zu bündeln, dass die notwendigen sozialen und demokratischen Reformvorhaben artikulierbar und erfahrbar wurden. Exemplarisch geschah dies beim „Olof-Palme-Friedensmarsch“ 1987 und während des Hallenser Kirchentages 1988, inhaltlich exklusiv durch den Versuch einer gesellschaftspolitischen Umsetzung des SED-SPD-Papiers „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ (veröffentlicht im Neuen Deutschland am 1. September 1987).

Den Anstoß zum „Umsturz“, besser gesagt, zur Herbstrevolution 1989, gab nun tatsächlich die Veröffentlichung des Aufrufs zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei. Alle anderen (späteren) Gründungsaufrufe waren lediglich auf eine Verbesserung des „real existierenden“ Sozialismus aus. Dies belegt ein Textvergleich auf den ersten Blick. Selbst der „Demokratische Aufbruch, ökologisch sozial“ verkündete noch am 7. Oktober 1989 in Magdeburg: „Wir wollen neu lernen, was Sozialismus für uns heißen kann“.

Im Sommer und Frühherbst sahen die meisten Oppositionellen in der DDR zu einer Weiterentwicklung des Sozialismus keine Alternative. Eine konservative Opposition hatte es in überschaubarer Vergangenheit nicht mehr gegeben und eine bürgerliche Perspektive etwa im Sinne der West-CDU war überhaupt nicht vorstellbar, allerdings von den Bürgerrechtlern auch gar nicht erwünscht. Partner eines weiterführenden Dialoges war notgedrungen niemand anders als die SED, nach Bärbel Bohley sogar weiterhin in ihrer führenden Rolle.

Genau hier liegt der Grund für den Erfolg der SDP-Initiative und den rasanten Aufbau der Partei im Herbst 1989: Der Aufruf traf im Spätsommer auf einen breiten politisch linken Aufbruch der Oppositionellen, der nur in Richtung Sozialdemokratie gehen konnte. Denn welchen Sozialismus hätten die Bürgerrechtler im „Neuen Forum“, in „Demokratie Jetzt“ und im „Demokratischen Aufbruch“ aufbauen wollen auf dem Hintergrund von 40 Jahren SED-Diktatur? Der linke Aufbruch war in Wahrheit nichts anderes als ein sozialdemokratischer Aufbruch. Dafür gab es keine Alternative.

Die sozialdemokratische Perspektive war seit Jahren diskutiert worden, ohne dass eine bloße Kopie der westdeutschen Sozialdemokratie entstanden war. Dass der Begriff selbst bis zum Sommer 1989 nur so sparsam Verwendung fand, hatte seinen Grund sowohl in der Abgrenzung gegenüber der SPD-West, als auch in der Taktik gegenüber der Staatsmacht im Osten. Kurzum, der Aufruf für eine Initiative zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei am 24. Juli und deren Gründung am 7. Oktober in Schwante sowie die Veröffentlichung des Gründungsdokumentes am selben Tag in Magdeburg kam im richtigen Moment, die Geschichtswissenschaftler sagen: „in einem historischen Moment“.

Udo Krause

Wilhelm Polte – Wiederbegründer der sozialdemokratischen Oberbürgermeistertradition Magdeburgs

Die Stadt Magdeburg war schon seit der Weimarer Republik eine Hochburg der Sozialdemokratie und die einzige Stadt vergleichbarer Größe innerhalb des Deutschen Reiches, die von 1919 bis 1933 ohne Unterbrechung einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister stellte. Mit Hermann Beims von 1919 bis 1931 und Ernst Reuter von 1931 bis 1933, stellte Magdeburg bedeutende SPD-Oberbürgermeister. Außerdem wurde hier im Jahre 1924 die mächtige Republikenschutzorganisation Reichsbanner „Schwarz – Rot - Gold“ gegründet, die auch hier ihren Hauptsitz behielt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg war diese Tradition noch nicht ganz beendet, und die Stadt bekam erneut zwei Oberbürgermeister aus den Reihen der Sozialdemokratie. Dies allerdings unter Umständen, wie sie nur die Nachkriegszeit in der sowjetisch besetzten Zone hervorbringen konnte. Der erste von beiden war Otto Baer (von 1945-1946), der Zweite war der frühere Bernburger Oberbürgermeister Rudolf Eberhard (von 1946-1950). Seine Verdienste für Magdeburg bestehen vor allem in der Trümmerbeseitigung und dem beginnenden Wiederaufbau der Stadt.

Diesbezüglich bestand auch nach der friedlichen Revolution in der DDR die Hoffnung, dass Magdeburg an die ehemals stolze sozialdemokratische Tradition



anknüpfen könnte. Und tatsächlich ging dieser Wunsch mit Wilhelm (Willi) Polte in Erfüllung, was sich nach allgemeiner Einschätzung sehr zum Wohle der Stadt auswirkte. Doch wer war und wer ist Willi Polte eigentlich?

Er selbst beschreibt sich als ein „Kind des Krieges“ und wurde im elterlichen Haushalt mit der Sozialdemokratie vertraut gemacht. Eifrig lauschte er immer den Gesprächen seiner Eltern, die oft bei Tischgesprächen über Größen wie beispielsweise Kurt Schumacher

sprachen. Wie für Schumacher war es auch für Polte das wichtigste Ziel die Zweistaatlichkeit zu überwinden und die Deutsche Einheit anzustreben. Geboren wurde er am 11. Januar 1938 in Niegripp, einem kleinen Ort bei Magdeburg. Nach dem Schulabschluss begann er zunächst eine handwerkliche Ausbildung und erlernte den Beruf des Maschinenschlossers, wurde Maschinenbauingenieur, danach Diplomingenieur an der Technischen Hochschule Dresden, anschließend arbeitete er als Projektierungsingenieur in Leipzig, bis er nach Magdeburg kam, wo er zunächst von 1978 bis 1990 in einem Forschungsinstitut an der Technischen Hochschule Magdeburg beschäftigt war

Bei der Wiedergründung der SPD 1989 (damals als SDP – Sozialdemokratische Partei in der DDR) in Magdeburg war er die treibende Kraft. Was nur wenige wissen, Willi Polte war bereits 1960 über das Westberliner Ost-Büro in die SPD eingetreten und so lag es nicht fern, dass er 1989 sich wieder seiner sozialdemokratischen Heimat zuwandte.

1989 war Polte Gründungsmitglied der SDP in der DDR und wurde 1990 deren Vorsitzender im ehemaligen Bezirk Magdeburg. An den allorts entstehenden Runden Tischen, vertrat er seine Stadt zudem tatkräftig. Während der Volkskammerwahl im März 1990 errang Polte sein erstes politisches Mandat und wurde Mitglied der ersten freigewählten Volkskammer der DDR. Am 9. Mai 1990 wurde er schließlich zum Oberbürgermeister von Magdeburg gewählt und behielt dieses Amt bis 2001 inne. 1994 wurde Willi Polte erneut, diesmal in direkter Wahl durch die Bürgerinnen und Bürger Magdeburgs, zum Oberbürgermeister gewählt. Aus Altersgründen trat er 2001 nicht zu einer erneuten Wahl an, wurde aber von 2002 bis 2006 Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt und Vorsitzender des Ausschusses für Inneres. Zur Landtagswahl 2006 kandidierte er nicht mehr und verabschiedete sich in den Ruhestand. Ehrenamtlich bekleidete er allerdings von August 2001 bis April 2008 das Amt des Ortsbürgermeisters von Niegripp bei Burg. Willi Polte hatte den Aufbau Magdeburgs nach der Deutschen Einheit maßgeblich mitgestaltet und seine Begeisterung auf viele Menschen, einschließlich ungezählter Besucherinnen und Besucher Magdeburgs übertragen. Schon früh dachte er visionär über den Tag hinaus und holte beispielsweise die Bundesgartenschau im Jahre 2000 auf ein früheres Militärgelände am Elbufer, aus dem dadurch ein wunderschöner rekultivierter Park mit Seebühne entstand. Viele überregionale Tätigkeiten und Ämter

nutzte er, um für Magdeburg zu werben und die Entwicklung zu fördern. „Seine“ Stadt dankte es ihm mit der Verleihung der Ehrenbürgerwürde für sein Engagement und die Bundesrepublik Deutschland mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Die Frage der Nachfolge Willi Poltes wurde von den Magdeburger Sozialdemokraten schnell entschieden. Die Wahl fiel auf Lutz Trümper (geboren 1955), der sich bei den Wahlen im Mai 2001 klar durchsetzen konnte und am 1. Juli 2001 sein Amt antrat. Am 9. März 2008 sowie 15. März 2015 wurde Lutz Trümper mit absoluter Mehrheit der Stimmen bereits im ersten Wahlgang für jeweils weitere sieben Jahre wiedergewählt, wodurch sich Magdeburg einschließlich der Größe seiner Stadtratsfraktion als sozialdemokratische Hochburg bis heute behauptet.

Literatur

1. Fikentscher, Rüdiger; Krause, Udo: Viermal Vorwärts. Halle/Saale 2014.
2. Hausmann, Christian; Zeitz, Stefan: Magdeburg in der Tradition sozialdemokratischer Oberbürgermeister von 1919 – 2008. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Anfänge, Widerstand, Neuaufbau. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 4). Magdeburg 2008, S. 64-70.
3. Herbst, Andreas: Polte, Wilhelm. In: Wer war wer in der DDR? Band 2, Berlin 2010.
4. Polte, Wilhelm: Mein Herbst 89! In: Die Entstehung der SDP/SPD in den Bezirken Magdeburg und Halle. Die Entwicklung der Ortsvereine Dessau, Halle, Magdeburg und Stendal bis zur Gründung des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt. Magisterarbeit von Udo Krause. Magdeburg 2010, S. 95-107.
5. Polte, Wilhelm: Mein Weg in die Sozialdemokratie. In: SPD-Geschichte in Sachsen-Anhalt. Altes und Neues. Hrsg. v. Historischen Kommission des SPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt (= Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt; Heft 3). Magdeburg 2006, S. 29-35.

Bild: Willi Polte; rechte Privat

Dr. Andreas Schmidt

Historische Orte der Sozialdemokratie in Halle

Anlässlich der 150-Jahr-Feierlichkeiten im Jahr 2013, hat der SV Halle einen Stadtpaziergang zu den historischen Orten der Sozialdemokratie in Halle durchgeführt. An jedem Ort wurde ein kurzer Vortrag gehalten. Im Folgenden sind die Vorträge hier abgedruckt. (Anm. d. Red.)

„Die erste Maifeier in Halle“ (im Jahre 1890)

Unter dieser Überschrift lesen wir in der 1914 erschienenen „Jubiläumsschrift der Sozialdemokratischen Partei in Halle und dem Saalkreis“ folgendes:

„Der von den Gegnern so sehr gefürchtete erste Mai kam, doch war die Arbeitsruhe hier in Halle ganz unerheblich. Nur zirka 300 Personen hatten sich früh im H o f j ä g e r eingefunden. Diese begaben sich unter sehr starker Polizeibegleitung durch die Stadt, und von der Stadtgrenze aus unter starker Gendarmeriebegleitung nach der Heide, um dort auf der B i s c h o f s w i e s e ihr Fest zu feiern. Hier hatten sich noch einige Hunderte eingefunden, so daß nun zirka 600 Teilnehmer zusammen waren.

In den Kasernen war das Militär in Bereitschaft gehalten, um den erwarteten Aufruhr niederschlagen zu helfen, aber es passierte nichts. Das Fest verlief in voller Harmonie. Am Abend fand im P r i n z K a r l eine ungemein stark besuchte Versammlung statt, in der Genosse M a n f r e d W i t t i g -Leipzig über die Bedeutung der Maifeier sprach. Diese Versammlung wurde noch kurz vor Schluß aufgelöst, doch kamen ernste Zwischenfälle auch hier nicht vor“.

Mehr erfahren wir in der alten Schrift nicht, doch geht daraus unzweifelhaft hervor, dass die Bischofswiese ein gebräuchlicher Treffpunkt der Sozialdemokraten gewesen sein muss, weil sich sonst nicht so viele von unterschiedlichen Richtungen wie selbstverständlich dort zusammengefunden hätten.

Hofjäger / Schorre

Im Jahre 1890 fand sich im Deutschen Reichstag keine Mehrheit mehr, um das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ um weitere drei Jahre zu verlängern. Zwölf Jahre lang war jegliche Parteiarbeit verboten gewesen, die Sozialdemokraten wurden auf vielfältigste Art verfolgt, nur Einzelpersonen durften für den Reichstag kandidieren, und die wenigen Parteitage mussten im Ausland abgehalten werden. Nun entschied die Reichstagsfraktion, den ersten Parteitag nach dem „Fall des Sozialistengesetzes“ vom 12. Bis 18. Oktober 1890 in Halle abzuhalten, im Lokal „Zum Hofjäger“.

Halle hatte in diesen Jahren einen enormen Aufstieg erlebt und war mit 100 000 Einwohnern zu einer Großstadt geworden. Dazu der Historiker Herzberg: „Mit dem ‚Aufblühen‘ der Stadt sind die verschiedenen dunklen Schattenseiten des deutschen großstädtischen Lebens keineswegs ausgeblieben“ und „Nach der politischen und sozialen Seite ist, wie in vielen anderen deutschen Zentralplätzen, bekanntlich auch in Halle ein sehr ausgedehnter Teil der Bevölkerung der Sozialdemokratie zugefallen“.

Die Partei begrüßte Gäste aus mehreren Ländern und hörte Grußworte aus Kopenhagen, Paris, Gent, Warschau, Wien, Den Haag und Stockholm. Voller Selbstbewusstsein sagte August Bebel als Berichterstatter der Parteileitung: „Zeigen wir durch die Beratungen auch dieses Parteitages, dass wir uns vollkommen der weltgeschichtlichen Mission bewusst sind, die das Proletariat, und als Führerin des Proletariats, die Sozialdemokratie zugewiesen bekommen hat“.

Diese Sicht teilte wohl auch der konservative „General-Anzeiger für Halle und den Saalkreis“, der bereits am 10. Oktober die Liste der Delegierten mit folgenden Bemerkungen veröffentlichte: „Nur noch zwei Tage trennen uns von der Eröffnung des sozialdemokratischen Kongresses, der in diesen Tagen die Blicke aller derer auf unsere Stadt hinlenkt, die den Verlauf der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Kulturstaaten der alten Welt in den Kreis ihrer Beobachtungen ziehen.... Allein auch diejenigen Kreise und Schichten der Bevölkerung, welche es unserer Stadt als eine nur zweifelhafte Ehre anrechnen, dass selbige die Vertreter der unzufriedenen Arbeiterbevölkerung aller Länder in ihren Mauern

empfängt,...werden dem sozialdemokratischen Parteitag in Halle ihre Beachtung nicht versagen dürfen. Mit Interesse und Aufmerksamkeit wird man vielmehr den Beratungen desselben im ganzen Reich und über die Grenzen desselben hinaus folgen müssen.“

Der Parteitag beschloss ein Kurzprogramm, ein Organisationsstatut zum Neuaufbau der Partei und gab die Ausarbeitung eines Parteiprogramms -des späteren „Erfurter Programms“- in Auftrag. Hier erhielt das offizielle Parteiorgan den Namen „Vorwärts“, und gab sich die Partei den bis heute geltenden Namen „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Damit ist dieses heute „Schorre“ genannte Haus in der „Willy-Brandt-Straße“ ein Ereignisdenkmal ersten Ranges.

Magdeburger Straße 34 - 1990 bis 2001 SPD-Geschäftsstelle- und der „Klub der Anlagenbauer“

Am 5. März 1990 -zwei Wochen vor der Volkskammerwahl- konnte das Büro der SPD aus der Großen Klausstraße 11, dem „Reformhaus“, in ein richtiges Bezirksbüro umziehen: Leninallee / jetzt Magdeburger Straße 34. Das war möglich geworden, weil der SPD ein hoher Wahlsieg vorhergesagt wurde, und dadurch ein größerer Druck auf die Stadtverwaltung entstanden war. Verglichen mit den Blockparteien – von der SED ganz zu schweigen- war das Angebot zwar nicht üppig, doch für den Aufbau der Partei und die Organisation der Wahlkämpfe waren die beiden Wohnungen in der ersten Etage zunächst völlig ausreichend. Hier entstand der Mittelpunkt der SPD-Politik im Bezirk Halle: Tägliche Arbeit der Geschäftsführung, teilweise auch mit Unterstützung von Genossen aus der Bundesrepublik, Sitzungen aller Art, Pressetermine, Empfang von Gästen, Personalaufbau, und natürlich die Organisation aller Wahlkämpfe. Das waren allein im Jahre 1990 vier: 18.März Volkskammerwahl, 6. Mai Kommunalwahl, 14. Oktober Landtagswahl und 2. Dezember Bundestagswahl.

Als die Volkskammer das Ländereinführungsgesetz beschlossen hatte, trafen sich am 10. Juni 1990 in diesem Haus die SPD-Vertreter aus den Bezirken Magdeburg und Halle um die Gründung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt vorzubereiten und einigten sich auf die dazu erforderlichen Schritte. Im Falle einer

Hauptstadtentscheidung für Halle wäre hier die Landesgeschäftsstelle eingezogen. Auch die Abgeordneten mit ihren Mitarbeitern fanden eine vorübergehende Unterkunft. Doch in das Haus wurde nichts mehr investiert, es verfiel von Jahr zu Jahr mehr und wurde für eine Partei wie die SPD schlichtweg unzumutbar und unwürdig. Daher wurde es höchste Zeit, dass das SPD-eigene Gebäude in der Großen Märker-Straße 6 fertig wurde. Dieses wurde am 4. Mai 2001, in Anwesenheit von Sabine Reichwein, durch die Schatzmeisterin der SPD, Inge Wettig Danielmeier, eingeweiht und die Geschäftsstelle samt weiteren Büros konnte dort einziehen. Es erhielt den Namen „Adolf Reichwein-Haus“.

Und wie ging es mit der Magdeburger Straße 34 weiter? Am 28. Februar 2004 titelte die Mitteldeutsche Zeitung: „Alte SPD-Zentrale gerät unter Bagger“, denn tatsächlich wurde dieses Gebäude von einem Stromunternehmen gekauft und abgerissen, um Parkplätze zu schaffen. Damit geschah ihm das gleiche wie dem schräg gegenüber liegenden „Klub der Anlagenbauer“, in dem am 2. bis 4. Februar 1990 der SPD-Bezirksverband Halle gegründet worden war, und das einem Parkhaus weichen musste. Damals gehörten zu den zahlreichen auswärtigen Gästen: Klaus v. Dohnanyi / Erster Bürgermeister von Hamburg a.D, Gerhard Schröder / Oppositionsführer in Niedersachsen, Klaus Wettig / MdEP aus Göttingen, Arne Börnsen / MdB aus Schleswig Holstein und Steffen Reiche / Mitbegründer der SDP.

Puschkinstraße 27 / Evangelische Studentengemeinde

Nachdem am 27. Oktober 1989 in der Werkstatt von Uli Hamers, Große Steinstraße 16, die SDP Halle gegründet worden war, ist für Samstag, 4. November, zur nächsten Versammlung am gleichen Ort eingeladen worden. Wegen des großen Zustroms stellte der Studentenfarrer „Theo“ (Michael) Körner sogleich den Saal der Evangelischen Laurentiusgemeinde in der Puschkinstraße 27 zur Verfügung. Gewiss hundert Interessierte waren gekommen, hörten Beiträge über Ziele und Arbeitspläne der Partei und konnten gegen ein Entgelt von 50 Mark Mitglied werden. Die Quittungen unterschrieb die spätere Landesschatzmeisterin Christina Begenau. Weil in diesem Haus Theo Körner auch sein Büro hatte, ging es in den folgenden Wochen dort zu wie in einem Taubenschlag. Seitdem war die SDP auch an den Sitzungen des „Reformhauses“ beteiligt, bei denen unter anderem die Montagsdemonstrationen

nachbesprochen und vorbereitet wurden. Von der Puschkinstraße aus wurde unter anderem vermittelt, wo und wann sich die neu gegründeten Arbeitsgruppen treffen könnten -meist in Privatwohnungen- ,wer die aus verschiedenen Richtungen eintreffenden Einladungen wahrnehmen könnte und wie die sich bildenden Runden Tische zu besetzen waren. Alles noch ohne feste Strukturen, ohne gewählte Vorständen. Hier fanden weiter Versammlungen statt, gab es Informationen über die SDP und auch die ersten Gesprächsrunden mit Genossen aus den alten Bundesländern. Die SDP hatte noch kein eigenes Büro, keine Geschäftsstelle. Das änderte sich erst zum Jahreswechsel mit dem Bezug des „Reformhauses“.

Am Mittwoch dem 3. Januar 1990, hielt die hallesche SDP in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde ihre erste Vollversammlung im Sinne eines Stadtparteitages ab, wählte einen Vorstand, und gab sich damit die erste demokratisch legitimierte Struktur. Vorsitzender wurde der Rechtsanwalt Volkhard Frenzel, Stellvertreter Petra Hofmann und Rüdiger Fikentscher. Dieser Vorstand verstand sich zugleich als provisorischer Vorstand für den Bezirk Halle und knüpfte Kontakte in alle zugehörigen Kreise. Wichtiger Motor der Partei blieb in diesen Wochen Theo Körner. Auch die Stadtvorstandssitzungen fanden noch längere Zeit bei ihm statt.

Nachdem am 2. bis 4. Februar 1990 der Erste Bezirksparteitag mit Gründung des SPD-Bezirksverbandes im „Klub der Anlagenbauer“ in der damaligen Leninallee – jetzt Magdeburger Straße- stattgefunden hatte, und in den Kreisen des Bezirkes die Mitglieder des neu geschaffenen Bezirksparteirates gewählt worden waren, trat dieser am Samstag, dem 17. Februar 1990, in der Puschkinstraße 27 erstmals zusammen und wählte die Bezirksliste für die Volkskammerwahl am 18. März. Da es noch keine Wahlkreise gab, entschied in Abhängigkeit vom Wahlergebnis allein diese Liste darüber, wer Mitglied der Volkskammer wurde, womit zugleich wichtige Weichenstellungen für die spätere politische Laufbahn vieler Genossinnen und Genossen vorgenommen worden sind.

Reformhaus

Das „Reformhaus Halle“ in der Großen Klausstraße 11 ist kein kennzeichnender Ort für die Sozialdemokratie, doch immerhin befand sich hier für zwei Monate das erste Büro der SPD nach ihrer Gründung, und zwar von Anfang Januar bis 5. März 1990. Das Wort entstand folgendermaßen: Gleich zu Beginn der Montagsdemonstrationen hatten sich einige oppositionelle Gruppen, vorwiegend aus dem Umweltbereich und der Friedensbewegung, zu einer Gesprächsrunde im Haus der katholischen Heilig Kreuz Gemeinde in der Gütchenstraße zu einer Gesprächsrunde über das weitere möglichst gemeinsame Vorgehen zusammengefunden. Dies sollte ab jetzt unter einem gemeinsamen Dach geschehen, und da sie alle die DDR nicht abschaffen, sondern nur reformieren wollten, sich als „Reformgruppen“ verstanden -an mehr wagte zu dieser Zeit niemand zu denken- nannten sie dieses gedachte Gebäude „Reformhaus“. Als die SDP-Vertretung im November dazu kam, war dies bereits beschlossene Sache. Gegen Ende Dezember war die Kräfteverschiebung gegenüber der herrschenden Bürokratie soweit fortgeschritten, dass die Forderung nach dauerhaften eigenen Räumen für die politische Arbeit nicht mehr abgeschlagen werden konnte. Daraufhin entschied die Stadtverwaltung, das Haus 11 in der Großen Klausstraße insgesamt zur Verfügung zu stellen. Das Opfer war nicht groß, denn in dieses frisch erneuerte Gebäude sollte gerade die gesamte Leitung für die Bebauung der inzwischen abgerissenen „Spitze“ einziehen, ein Projekt, an dessen baldige Verwirklichung nun niemand mehr dachte. So wurde aus dem „ideellen“ Reformhaus ein tatsächliches und erinnert durch seinen Namen, dass die damals aktiven Gruppen die DDR tatsächlich nur reformieren wollten.

Der Schlüssel sollte am Freitag, den 29. Dezember 1989, 10.00 Uhr übergeben werden, doch niemand brachte ihn. So konnte erst zu Beginn des Jahres 1990 die Verteilung der Räume erfolgen. Dabei ist die SDP als neue aufstrebende politische Partei wie jede der anderen vielen Gruppen behandelt worden, was sich rasch als völlig unausgewogen erwies. Die sich entwickelnde Organisation selbst, der beginnende Volkskammerwahlkampf und der politische Anspruch der Partei gegenüber den kleinen Gruppen erforderten rasch mehr Raum. Doch erst nach der Gründung des Bezirksverbandes am 3./4. Februar 1990 war ein ausreichend selbstbewusst-forderndes Auftreten der Stadtverwaltung gegenüber möglich und erfolgreich. Sie stellte nun eine Etage im Haus Leninallee / jetzt Magdeburger Straße

34 zur Verfügung. Der Aus- bzw. Umzug dorthin erfolgte am Montag, dem 5. März 1990.

Geiststraße 21

Die ersten Druckerei-, Redaktions- und Expeditionsräume des „Volkblatts“ befanden sich 1890 in der Burgstraße. Da es dort bald zu eng wurde, zogen Redaktion und Druckerei in die Geiststraße 24 um. Auch dort herrschte drangvolle Enge. Die Druckerei war als Genossenschaft organisiert. Sie hatte in den 1890er Jahren bereits 200 Mitglieder. Nachdem der Eigentümer des Grundstücks dem Blatt gekündigt hatte, sahen die Sozialdemokraten sich gezwungen in eine ehemalige Spritfabrik in der Böllbergasse auszuweichen. 1896 wurde sich die Genossenschaft mit dem neuen Besitzer der Geiststraße 21 einig und zog zurück, wobei in größerem Umfang Räume gemietet wurden. Die ebenfalls seit 1890 bestehende Volksbuchhandlung zog in das Nachbargebäude und nahm auch die Expedition des „Volkblatts“ auf.

Nach einer Stagnation während der Wirtschaftskrise 1892-1894 nahm das „Volkblatt“ ab 1895 an Umfang und Auflage zu. Das Blatt fand Abonnenten in allen Kreisen des Regierungsbezirks Halle-Merseburg. Am 1. Juli 1896 führten auch die Sozialdemokraten im Reichstagswahlkreis Weißenfels-Zeitz das „Volkblatt“ als ihr offizielles Organ ein. So konnten und mussten 1897 ein zweiter und 1898 ein dritter Redakteur eingestellt werden. Dennoch, so vermerkt die Chronik „Durch Kampf zum Sieg“, mussten gelegentlich Aushilfen beschäftigt werden, „wenn wegen Preßvergehens ein Redakteur ins Gefängnis mußte.“ Insgesamt wurden die Redakteure des Blattes zwischen 1890 und 1913 zu 117 Monaten und zwei Wochen Haft verurteilt.

Dem Erfolg des Blattes tat das keinen Abbruch. Die 1896 angeschaffte Doppelpresse bewältigte bald die Auflagenhöhe nicht mehr, sodass 1897 eine achtseitige Rotationsdruckmaschine angeschafft wurde, die 1907 von einer sechszehnseitigen Rotationsmaschine abgelöst wurde.

Räumliche Enge bestimmte die Zeit der sozialdemokratischen Präsenz in der Geiststraße 21, denn dort mussten auch die Büros der Partei und der Gewerkschaften untergebracht werden.

Adolf-Reichwein-Haus, Große Märkerstraße 6 / 7

Als im Frühjahr 1917 die Unabhängigen Sozialdemokraten die SPD verließen, gingen in Halle praktisch die gesamte Parteimitgliedschaft und -organisation in die USPD. In Halle traten nicht die Unabhängigen aus der Mehrheits-SPD aus, vielmehr verließen wenige Sozialdemokraten die umbenannte Partei. 1918 zählten die Unabhängigen in Halle 7000 Mitglieder, die SPD kam auf 91. Parteibüros, Angestellte, Druckerei, Redaktion und Verlag des „Volksblatts“ im Harz 42/44 blieben selbstverständlich bei den Unabhängigen. Das änderte sich auch 1919 nicht, als etwa 100 Unabhängige in Halle die KPD gründeten. Der USPD-Parteitag in Halle im Oktober 1920 spaltete aber auch die Unabhängigen in Halle endgültig. Etwa drei Viertel der Mitglieder gingen mit der bis dahin in Halle bedeutungslosen KPD zusammen. Die Spaltung löste auch einen Streit um das Vermögen der Partei aus. Die KPD nahm ihren Sitz in Halle im ehemaligen Stadtschützenhaus Glaucha in der Lerchenfeldstraße 14 und richtete dort Ende 1921 auch die Druckerei ihres Organs, des „Klassenkampf“ ein. Die SPD zog mit Verlag und Druckerei in die Große Brauhausstraße. 1927 erwarb die Druckereigesellschaft der SPD die Häuser Große Märkerstraße 6 und 7. Zur Großen Märkerstraße 7 gehörte ein Fabrikgebäude, das die Druckerei des „Volksblatts“ aufnahm. In den Vorderhäusern zogen die Redaktion des „Volksblatts“ und die SPD-Büros ein.

Harz 42-44

Bereits seit 1900 war die hallesche SPD auf der Suche nach einem Grundstück, das die enge von Redaktion und Druckerei des „Volksblatts“ lösen und sowohl die Büros der Partei als auch der Gewerkschaften und die Volksbuchhandlung aufnehmen sollte. 1905 wurde das Haus Harz 42/43 erworben, das 1913 durch den Kauf des Harz 44 erweitert wurde. Dort fand dann auch eine zentrale Gesellenherberge Raum. Damit verfügten SPD und Gewerkschaften in Halle erstmals über eigene und erstmals über zufriedenstellende Räume.

Der Jahresbericht 1905 des Halleschen Gewerkschaftskartells hielt fest: „Im Vorjahre war der Beschluß gefaßt, die Räume des Sekretariats nach dem Neubau der Genossenschaftsdruckerei zu verlegen. Heute kann wohl konstatiert werden, dass

hiermit kein Mißgriff getan ist. Die schmucken und hellen Räume erwecken das Wohlgefallen jedes Gewerkschafters und Parteigenossen.“

Das Haus am Harz dokumentiert den rasanten Aufstieg der Arbeiterbewegung in Halle nach 1900, der sich auch in der Mitgliederzahl widerspiegelt. 1890 bei seiner Gründung versammelte der Sozialdemokratische Verein für Halle und den Saalkreis 65 Mitglieder. Darunter waren nicht Wenige, die während des Sozialistengesetzes aus Hochburgen der frühen Arbeiterbewegung wie Leipzig, Stettin oder Magdeburg in die vermeintlich „sichere“ Saalestadt ausgewiesen worden waren. Bis 1900 wuchs die Zahl der Sozialdemokraten allmählich auf 1000 an. Nach 1900 wurde Halle zunehmend zum wichtigsten Wohnort von Arbeitern der boomenden Industrie des Umlandes. Dieser Umstand, der stärker wirkte als die ebenfalls nach oben zeigende Entwicklungskurve der Industrie in Halle selbst, sorgte für einen späten, aber rasanten Aufschwung der Arbeiterbewegung in Halle. Bis 1905 stieg die Zahl der SPD-Mitglieder auf 2.200, bis 1910 auf 5.700 und erreichte 1914 8.400. Das gemeinsame Gewerkschafts- und Parteihaus blieb bis 1920 Domizil der halleschen SPD.

„Kühler Brunnen“

„Nach verschiedenen Vorbesprechungen fand am 27. März 1889 im Restaurant Kühler Brunnen eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Genosse Frohme referierte. Im Anschluss an den Vortrag wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die den Auftrag erhielt, Statuten für einen Verein auszuarbeiten, der sich vorwiegend mit den Vorarbeiten für die Reichstagswahlen befassen sollte.“

Was die Chronik „Durch Kampf zum Sieg“ so lakonisch festhält, war alles andere als selbstverständlich. Mit dem Sozialistengesetz des Jahres 1878 waren die Gliederungen der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) – den Namen SPD gab die Partei sich erst 1890 in Halle – verboten worden. Die Bildung von Wahlvereinen war zulässig, wurde aber so erschwert, dass bis 1890 kaum solche Vereine entstanden.

Bei dem Genossen Frohme handelte es sich um Karl Frohme aus Hamburg, der von 1881 bis 1924 die Hamburger Sozialdemokratie im Reichstag vertrat. Die halleschen

Sozialdemokraten trafen sich am Karfreitag des Jahres 1889, dem 19. April, erneut und gründeten den „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen“. Zum Vorsitzenden wurde der Tischler Karl Krüger gewählt, zum Kassierer der Korkschneider August Groß, zum Schriftführer der Tischler Adolf Leopoldt und zu Beisitzern der Vergolder Adolf Hofmann und der Zigarrenhändler Albert Sanow.

Für die erste Mitgliederversammlung reichte der Raum im Kühlen Brunnen nicht mehr aus. Sie fand am 28. April 1889 im Restaurant „Moritzburg“, Harz 51 statt. Wenig später hatte der Verein 180 Mitglieder und bewies durch seine bloße Existenz, dass die Zeit der Sozialistengesetze sich unwiderruflich dem Ende zuneigte.

Lindenstraße 57 – Zigarrengeschäft von Adolf Albrecht

1889 zog der 34jährige Schneidermeister Adolf Albrecht, der ursprünglich aus Dresden kam, nach Halle, um hier mit seiner Familie Wohnsitz zu nehmen. Er tat das nicht freiwillig. Die sächsischen Behörden hatten ihn als „gefährlichen Sozialdemokraten“ aus Dresden, in das „sichere Halle“ ausgewiesen. Im Jahr zuvor war er aus Leipzig ausgewiesen worden, nachdem er 10 Monate wegen eines Verstoßes gegen das Sozialistengesetz inhaftiert gewesen war. Ein polizeibekannter Funktionär der Sozialdemokratie hatte Ende des 19. Jahrhunderts keine Chance auf Anstellung in einem Betrieb. Fanden Männer wie Adolf Albrecht nicht als Redakteure sozialdemokratischer Zeitungen Arbeit, blieb ihnen in der Regel nur die Selbständigkeit. Gaststätten, Zigarrengeschäfte oder Kolonialwarenläden konnte man ohne großen Kapitaleinsatz eröffnen. Daher finden wir Sozialdemokraten in dieser Zeit oft als Inhaber solcher kleinen Geschäfte. Albrecht eröffnete in der Lindenstraße 57 – am Rand eines gerade zwischen der Unternehmenszentrale des Riebeckschen Konzerns und den Maschinenfabriken der Merseburger Straße entstehenden Arbeiterviertels – einen Zigarrenladen.

Der wurde bald Treffpunkt von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten. Sein Inhaber war 1895 einer der beiden ersten Stadtverordneten der SPD in Halle. 1898 bis 1903, 1905 bis 1918 und 1920 bis 1924 gehörte er dem Deutschen Reichstag an. 1919 bis 1930 vertrat er die SPD im Magistrat der Stadt als unbesoldeter Stadtrat. Albrecht war 1891 bis 1892 und 1908 bis 1912 Vorsitzender des Sozialdemokratischen

Vereins für Halle und den Saalkreis. 1917 ging er mit der großen Mehrheit der halleschen Sozialdemokraten in die USPD. 1922 kehrte er in die SPD zurück.

Sanows Restaurant, Steinweg 13

Der 1. Mai ist heute als „Tag der Arbeit“ gesetzlicher Feiertag und der Höhepunkt des Jahres im Kalender der Gewerkschaften und der SPD in Deutschland. Zum ersten Mal kämpften Arbeiter im Jahr 1956 in Australien für ihre Recht. Da der 1. Mai in den USA traditionell als Stichtag für Entlassungen und den Neuabschluss von Arbeitsverträgen genutzt wurde, hatten Auseinandersetzungen um Arbeiterrechte an diesem Tag bereits Tradition als 1886 die amerikanischen Gewerkschaften zu einem mehrtägigen Generalstreik für den Achtstundentag aufriefen, der am 1. Mai beginnen sollte. In Chicago, damals der Industriestadt Nordamerikas schlechthin, begann dieser Streik mit einer berühmt gewordenen Arbeiterversammlung auf dem Haymarket. Er endete am 3. Mai mit einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Polizei, die Todesopfer forderte. Vier der Anführer des Streiks wurden in der Folge zum Tode verurteilt und hingerichtet. Das Ereignis löste weltweite Proteste aus und veranlasste 1889 die Sozialistische Internationale, weltweit für den 1. Mai zu einem „Kampftag der Arbeiterklasse“ aufzurufen.

Die deutsche Sozialdemokratie war 1890 als Partei im 12. Jahr verboten. So gab es keinen Parteivorstand, der für Deutschland zum Kampftag hätte aufrufen können. So versammelten sich am 13. April 1890 die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten im „Sanowschen Lokal“ im Steinweg 13, um den Beschluss zu fassen, den 1. Mai auch in Deutschland zu begehen. Wir wissen nicht, wie viele der 35 Reichstagsabgeordneten anwesend waren.

Südfriedhof Grab von Adolf Albrecht und Franz Peters

Die hallesche SPD pflegt, seit wir es 2008 wiedergefunden haben, das Grab von Adolf Albrecht auf dem halleschen Südfriedhof. Franz Peters erlernte nach dem Besuch der Mittelschule den Beruf des Maurers. 1906 trat der dem Bauarbeiterverband bei. 1907 wurde er Mitglied der SPD. Vom März 1914 bis zu seiner Einberufung in Februar 1915 war er als Angestellter des Bauarbeiterverbandes in Halle tätig. Nach seiner Rückkehr aus dem Ersten Weltkrieg

1918 wechselte Peters in die USPD, als deren Sekretär für den Bezirksverband Halle-Merseburg er von 1919 bis 1922 fungierte. 1922 kehrte er in die SPD zurück. Von 1922 bis 1933 war er als Bezirkssekretär der SPD im Bezirk Halle-Merseburg tätig. Von 1927 bis 1933 hatte er auch den Bezirksvorsitz inne. Ab 1922 gehörte er als Vertreter des Bezirksverbandes dem zentralen Parteiausschuss der SPD an.

1920/21 war Franz Peters Mitglied des Provinziallandtages der preußischen Provinz Sachsen und von 1920 bis 1933 auch Mitglied des Provinzialrates. Im Dezember 1924 wurde er erstmals in den Reichstag gewählt, dem er bis zur Löschung der sozialdemokratischen Mandate nach der nationalsozialistischen Machtergreifung im Juni 1933 angehörte. Von 1929 bis 1933 gehörte er der halleschen Stadtverordnetenversammlung an und führte dort die SPD-Fraktion. Als einer der bekanntesten halleschen Sozialdemokraten war Peters in den letzten Jahren der Weimarer Republik besonders starkem Druck ausgesetzt. Wegen seines Einsatzes für die Weimarer Demokratie zog er sich den Hass der Nationalsozialisten zu. Seit Beginn der 1930er Jahre musste er deshalb zeitweise durch die Polizei geschützt werden. Aufgrund des Drucks und der andauernden hohen Arbeitsbelastung bildete sich bei Peters ein Herzleiden aus. Peters zählte zu den 94 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die am 23. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten. Im Mai 1933 kam der bereits schwer herzkrankte Peters in Untersuchungshaft. Am 11. August 1933 starb er an Folgen von Krankheit und Haft.

Zoogaststätte Seebener Straße

Die ehemalige Zoogaststätte in der Seebener Straße war bereits vor 100 Jahren allen Hallenserinnen und Hallensern ein Begriff. Als Ausflugsrestaurant „Reilsburg“ 1891 erbaut, ist sie älter als der Zoo selbst.

Am 17. Oktober 1920 wurde das Ausflugslokal Ort einer Zäsur in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Seit dem 12. Oktober 1920 versammelten sich im nahegelegenen Volkspark die Delegierten des USPD-Parteitag, um über einen Antrag auf Aufnahme der Partei in die Kommunistische Internationale zu beraten. Bedingung für diese Aufnahme war die in der Partei heftig umstrittene Unterwerfung unter das bolschewistische Politik- und Organisationsmodell. Kernpunkt der 21

Bedingungen für die Aufnahme in die Komintern waren die Aufgabe der Prinzipien innerparteilicher Demokratie zugunsten der Unterordnung aller Mitglieder und Gliederungen unter die Autorität der Parteiführung, eingeschlossen die Selbstverpflichtung, alle Abweichler aus der Partei auszuschließen und die Verpflichtung, die Verteidigung der Interessen Sowjetrusslands über die eigenen politischen Pläne der Partei zu stellen. Am 17. Oktober entschied sich eine Mehrheit von 236 zu 156 Delegierten für den Weg in die Komintern.

Die Minderheit der Delegierten verließ nach der Abstimmung den Volkspark und damit praktisch die Partei. Unter Führung des halleschen Delegierten Adolf Albrecht zogen die Delegierten in der Minderheit in die „Reilsburg“ und beschlossen dort ein Bekenntnis zu einer demokratischen Linken in Abgrenzung zum Kommunismus Lenin'scher Prägung.

Die Mehrheit – angeführt von zwei anderen halleschen USPD-Funktionären - , Ernst Däumig und Wilhelm Koenen – schloss sich wenige Wochen nach dem halleschen Parteitag mit der KPD zusammen, die dadurch von 78.000 auf knapp 450.000 Mitglieder anwuchs. Ernst Däumig brach 1921 mit der KPD und kehrte 1922 in die SPD zurück. Hinter der Minderheit der Delegierten, die auf dem Boden der Demokratie blieben, stand wahrscheinlich die Hälfte der 900.000 USPD-Mitglieder. Mit 59 der 81 Reichstagsabgeordneten blieb eine Mehrheit der Parlamentarier in der USPD. Die USPD schloss sich im Jahr 1922 wieder an die SPD an.

Im halleschen Volkspark spiegelt sich die deutsche Geschichte eines ganzen Jahrhunderts

Seit dem Fall des *Sozialistengesetzes* 1890 hatten SPD und Gewerkschaften einen starken Zulauf. Doch im kaiserlichen Deutschland wurde der Arbeiterbewegung die Nutzung von Sälen und Versammlungsräumen immer wieder verweigert. Deshalb planten die halleschen Sozialdemokraten den Bau eines eigenen Veranstaltungshauses. Gemeinsam mit Gewerkschaftern ließen sie von den halleschen Architekten Albert und Ernst-Heinrich Giese den vom Jugendstil beeinflussten „Volkspark“ errichten, den „Palast für Arbeiter“. Nach zehn Monaten Bauzeit wurde er am 13. Juli 1907 feierlich eröffnet. 3000 Menschen fanden im Saal

Platz und weitere 1000 in der Restauration. Der zugehörige Terrassengarten konnte 3800 Menschen aufnehmen. Sogleich wurde der Volkspark zum politischen, geistigen und kulturellen Zentrum des halleschen Proletariats. Das Geld brachten die Arbeiter über Anteilscheine und durch die sprichwörtlichen „Arbeitergroschen“ über den gut geführten Betrieb auf. In der Festzeitung zur Einweihungsfeier lesen wir: „Der Volkspark soll dazu dienen, der Außenwelt zu zeigen, dass die halleschen Arbeiter allenthalben auf eigenen Füßen zu stehen vermögen, dass sie durch Zusammenschluss ihrer wirtschaftlichen Kraft großes, mustergültiges zu erreichen wissen. Jeder Arbeiter soll und darf den Volkspark als sein Heim betrachten.“

Im Ersten Weltkrieg diente der Volkspark als Lazarett, während der Novemberrevolution 1918 als Sitz des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrates und in den zwanziger Jahren fanden in ihm schwerste politische Auseinandersetzungen statt. Hier kam es 1920 zur Spaltung der USPD, wurde 1924 der kommunistische Rote-Front-Kämpferbund gegründet und kamen am 13. März 1925 zehn Menschen ums Leben, als beim Auftakt des Präsidentschaftswahlkampfes von Ernst Thälmann die Polizei in die Menge schoss. Einer der Toten war der Hornist Fritz Weineck, der in der DDR zum „Kleinen Trompeter“ stilisiert wurde.

- Die Nationalsozialisten enteigneten 1933 die SPD-eigene Volkspark GmbH. Das Haus wurde in „Reichshof“ umbenannt, war Versammlungs- und Veranstaltungsort der NSDAP und im Zweiten Weltkrieg Musterungsstelle für den Militärdienst und Unterkunft für Zwangsarbeiter.

- Nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED im April 1946 wurde der Volkspark „Volkseigentum“ und in der DDR als politischer, gesellschaftlicher und kultureller Versammlungsort genutzt. Viele Hallenserinnen und Hallenser erinnern sich noch gern an die dortigen Veranstaltungen.

- Der Volkspark wurde 1998 der SPD als ihr Eigentum zurückgegeben, teilsaniert und seit 2000 von der „Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle“ für Ausstellungen und Veranstaltungen genutzt. 2009 verkaufte die SPD-eigene Konzentration GmbH den Volkspark für einen symbolischen Preis an den Volkspark Halle e.V. Seitdem wird er schrittweise saniert und steht als Ort der Kultur, Bildung

und Begegnung einschließlich eines Kindergartens allen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Halle offen.

Übersicht Feierlichkeiten 150 Jahre SPD (enthält keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Anm. d. Verf.)

15.02.2013		OV Roßlau	Jahresbegrüßungsempfang 150 Jahre SPD	18.30	Roßlau, Gaststätte "Galaria Sunshin"	
08.03.2013		OV Roßlau	Internationaler Frauentag Aktion "150 Rote Rosen verteilen"	09:30	Roßlau, Kita "B-Blümchen", Sekundarschule "An der Biethen", Alten und Pflegeheim, Bibliothek	Gast: Arne Lietz und Holger Hövelmann
16.04.2013		KV Jerichower Land	Festveranstaltung 150 Jahre SPD	18.00	Burg, Kino "Burgtheater"	Gast: Matthias Platzeck
30.04.2013		KV Burgenlandkreis	Kranzniederlegung Ernst- Heinrich Bethge	17.00	Naumburg, Stadtmuseum	
01.05.2013		OV Naumburg/KV Burgenlandkreis	150 Jahre SPD Feierstunde/Kuchen	10.00	Naumburg, Markt	
01.05.2013		KV Burgenlandkreis	Anstich Geburtstagstorte 150 Jahre SPD	10.00	Naumburg, Markt	
01.05.2013		OV Merseburg	Picknick 150 Jahre SPD	14.30	Merseburg, Schloßgarten	
22.05.2013	26.05.2013	PV	Festakt und Geburtstagsfeier zum 150 jährigen Jubiläum der SPD		Leipzig	
23.05.2013		SV Dessau- Roßlau	Kaffeetafel 150 Gäste, anlässlich 150 jährigem SPD-Jubiläum	15.00	Dessau, Stadtpark	
24.05.2013		SV Halle	Straßenfest	15.00	Halle, kleine Märkerstraße	
25.05.2013		OV Magdeburg- Mitte	Radtour 150 km für die SPD		Magdeburg	
25.05.2013		OV Zeitz/KV Burgenlandkreis	150 Jahre SPD Feierstunde	n.n.	Zeitz	
26.05.2013		OV Tangermünde	Musik und Magie	15:00 u. 20:00	Tangermünde, Alte Brauerei	
14.06.2013		LV	Poetry-Slam-Vorentscheid- 150 Jahre SPD	20:00	Magdeburg, Moritzhof	

16.06.2013		LV	Poetry-Slam-Vorentscheid- 150 Jahre SPD	20:00	Halle, Turm	
16.06.2013	20.06.2013	SV Dessau/Roßlau	Ausstellung 150 Jahre SPD		Dessau, Johanniskirche, Johannisstr. 11	
19.06.2013		SV Dessau- Roßlau	50. Todestag von Heinrich Deist	17.00	Dessau, Friedhof Mosigkau	
23.06.2013		KV westliche Altmark	Radtour 150 km für die SPD		Gardelegen	
29.06.2013		OV Roßlau	Mach-Mit-Konzert "Gemeinsam singen macht Spaß"		Dessau, Georgenzentrum, Georgenstraße	
29.06.2013		OV Eisleben/KV Mansfeld- Südharz	Radtour 150 km für die SPD	10.00	Eisleben, Süssee	
07.07.2013		SV Dessau- Roßlau	Festumzug 800 Jahre Stadt Dessau		Dessau	
10.07.2013		KV Wittenberg	Veranstaltung mit Wolfgang Thierse zu 150 Jahren		Wittenberg, Altes Rathaus	
17.08.2013		LV	Poetry Slam-Finale		Berlin	
17.08.2013	18.08.2013	PV	Deutschlandfest zum 150 jährigen Jubiläum der SPD		Berlin	
18.10.2013		OV Roßlau	"Gemeinsam singen macht stark und verbindet" Konzert mit den Gebrüder Jehn		Roßlau, Georgenzentrum	
29.11.2013		SV Magdeburg	Festveranstaltung 150 Jahre SPD	18:00	Haus des Handwerks Magdeburg	
18.12.2013		OV Magdeburg- Stadtfeld	Veranstaltung zum 100. Geburtstag Willy Brandt	17:00	IGS Willy Brandt, Magdeburg	